Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1913. Nr. 200. Jahrgang 206.

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen, Illustrierte Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (Für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfennig, ausmärts 30 Pfennig. — Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telephon 8108 u. 8109; Redaktionstelephon 8110. Chefredakteur: Dr. Strasser-Reibegg, Halle (Saale).

Mittwoch, 30. April 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telephon Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale).

London versagt, Oesterreich geht vor!

In Oesterreich betrachtet man die Vertagung der Londoner Botschafterkonferenz als eine Vereinung der österreichischen Anträge in der Skutarifrage und ist darum drauf und dran, mit dem Schwerte in der Hand die Frage zu lösen, an der sich die Diplomaten am grünen Tische bisher vergeblich die Köpfe zerbrochen haben. Nach den aus Wien vorliegenden Meldungen sieht es dort im Augenblicke bereits kriegerisch genug aus. Alle Vorbereitungen zu einer militärischen Expedition sind bereits vollkommen durchgeführt. Ihr Beginn stehe unmittelbar bevor. Gegenwärtig findet noch ein sehr lebhafter Meinungsaustausch zwischen Wien und Rom statt.

Daß indessen wirklich schon das allerletzte Wort gesprochen sei, ist kaum anzunehmen; man hofft noch immer auf die Donnerstag-Sitzung der Botschafterkonferenz. So wird in den Berliner politischen Kreisen versichert, Oesterreich-Ungarn habe in eine Verschiebung weiterer Schritte gegen Montenegro eingewilligt, weil die Mächte einen letzten Versuch machen wollen, durch eine ernste Einwirkung in Cetinje Montenegro zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Namentlich Rußland ist bemüht, seinen Einfluß in dieser Richtung geltend zu machen. Oesterreich-Ungarn hat aber gutem Vernehmen nach als letzten Termin seines Zuwartens den kommenden Donnerstag gesetzt und alle Vorkehrungen getroffen, um für den Fall eines Fehlschlages des letzten Versuchs der Mächte sofort mit militärischen Maßnahmen vorgehen zu können. Die eigentliche Gefahr der Situation liegt nicht bei Montenegro, das einem energischen Vorgehen der Donau-Monarchie kaum langen Widerstand leisten wird, sondern in der Komplikation, die daraus entstehen würde, daß Serbien mit Montenegro gemeinsame Sache macht. Die Formel, auf die sich die Botschafterkonferenz hinsichtlich der Hinausschiebung der Entscheidung geeinigt hat, ist aus dem Umstande geschöpft, daß Montenegro die letzte Vorstellung der Mächte noch nicht beantwortet hat und dafür Zeit bis Donnerstag erhält.

Die Stimmung in Wien

kennzeichnen nachstehende Meldungen:

Die „Neue Wiener Abendzeitung" meldet: Bekanntlich hat sich Oesterreich-Ungarn freie Hand vorbehalten für den Fall, daß die Botschaftervereinigung nicht die Anträge Oesterreich-Ungarns genehmigen sollte. Dieser Fall ist jetzt eingetreten, nachdem in der Botschaftervereinigung in London am Montag eine Einigung nicht erfolgt ist. Diese Feststellung kennzeichnet die Situation. Gegenwärtig findet ein sehr reger Meinungsaustausch zwischen Wien und Rom statt.

Die christlich-soziale Vereinigung in Wien hielt am Dienstag eine Sitzung ab, in der die politische Lage eingehend besprochen wurde. Die Volksstimmung weiter deutscher Kreise, welche durch die christlich-soziale Partei vertreten werden, wurde dahin gekennzeichnet, daß sie selbstverständlich für den Frieden sei, aber für einen dauernden Frieden, der die Monarchie von dem quälenden wirtschaftlichen Druck befreit, in den sie durch die Balkankrise gekommen sei. Der „Polnischen Korrespondenz" zufolge erklärte ein hervorragender polnischer Abgeordneter, die Politik des Wiener Auswärtigen Amtes findet nicht nur volles Verständnis, sondern auch die kräftigste Unterstützung bei den Polen.

Die „Wiener Allgemeine Zeitung" meldet: In der am Donnerstag stattfindenden Sitzung der Botschaftervereinigung in London wird sich entscheiden, ob und welche Mächte an den von Oesterreich-Ungarn eventuell, nämlich für den Fall, daß der König von Montenegro nicht unbedingt nachgibt, zu unternehmenden Zwangsmaßregeln teilnehmen werden.

Die Pforte wendet sich ab von Essad Pascha.

Amtliche, der Pforte nahestehende Kreise erklären, keine Kenntnis von dem Schritt Essad Paschas zu haben, den sie offen mißbilligten. Die Pforte hat an ihre Botschafter ein Zirkularschreiben gerichtet, in welchem sie in aller Form die Gerüchte dementiert, daß Essad Pascha in Uebereinstimmung mit der türkischen Regierung gehandelt habe, und erklärt, daß sie sein Vorgehen lebhaft tadele.

Auf der Pariser türkischen Botschaft ist man der Ueberzeugung, daß die Herrlichkeit Essad Paschas als Fürst von Albanien nur von kurzer Dauer sein wird. Wie mitgeteilt wird, werden die türkischen Truppen, die ihm treu geblieben sind, wie ein Mann von ihm abfallen, sobald ihnen der wahre Sachverhalt der Uebergabe Skutaris bekannt geworden ist. Essad Pascha wird dann nur noch auf seine albanesischen Truppen angewiesen sein und auch diese werden ihm nur eine zweifelhafte Gefolgschaft sein. Der ganze Süden Albaniens steht Essad Pascha durchaus feindlich gegenüber.

Zur Herbeiführung der Friedensverhandlungen.

Das Reutersche Bureau erfährt: Mit Rücksicht auf die in Balkankreisen geäußerte Befürchtung, daß die Wiederaufnahme der direkten Verhandlungen zwischen den Verbündeten und der Türkei eine Verzögerung erleiden werde, sind gegenwärtig zwischen den Regierungen der Großmächte Verhandlungen im Gange, um die Friedensgrundlagen vorzubereiten, die dann der Billigung der Kriegführenden unterbreitet werden sollen.

Rußlands Doppelspiel.

In türkischen politischen Kreisen herrscht neuerdings starke Besorgnis über bedeutende russische Truppenbewegungen in der türkisch-persischen Grenzzone. Rußland fährt fort, starke Truppenmassen in Baku und Eriwan zu konzentrieren. Mehrere Kosakenbrigaden stehen bereits in unmittelbarer Nähe der türkischen Grenze. In Choi, einem Ort an der Karawanenstraße nach Erzerum, sind 10 000 Mann mit entsprechender Artillerie versammelt. Obwohl die russische Regierung auf türkische Proteste die Erklärung abgegeben hat, daß es sich lediglich um Maßnahmen zum Schutze der armenischen Bevölkerung für den Fall handele, daß sie durch Angriffe der kurdischen Bevölkerung gefährdet sei, glaubt man doch in unterrichteten Kreisen, daß eine Annexion der armenischen Grenzgebiete durch Rußland in kürzester Zeit bevorsteht.

Das uneinige Europa.

Die Befürchtung, daß die Großmächte in der Skutarifrage nicht mehr einer Ansicht sind, wird durch folgendes Londoner Telegramm bestätigt: Nach einer Information, die dem Reuterschen Bureau zugegangen ist, hat sich bei den Besprechungen der Botschafter ergeben, daß die Mehrheit der Großmächte nicht geneigt war, kriegerische Maßnahmen gegen Montenegro zu ergreifen. Man ist sich darüber klar, daß es notwendig sein wird, irgend welche Maßnahmen zu ergreifen, falls Montenegro nicht in befriedigender Weise auf die Kollektivnote der Mächte antwortet. Man müsse jedoch die Antwort auf diese Note abwarten. Oesterreich habe bei der Forderung einer Entschließung über diesen Punkt nicht deutlich gesagt, was es zu tun vorschlage, und habe auch kein Datum für die Antwort festgesetzt. In der Absicht der Mächte sei die Flottendemonstration keine kriegerische Maßnahme, sondern ein Akt friedlichen Druckes. In dem Fall, daß mehr erforderlich sein sollte, werde man sich möglicherweise über die Besetzung einer Stadt an der Küste einigen. Obgleich es nötig sei, vielleicht bis zum Donnerstag zu warten, um die Ansichten der Mächte und hauptsächlich Rußlands kennen zu lernen, so erscheine es wahrscheinlich, daß Rußland an einem neuen Akt des Druckes nicht teilnehmen werde und möglicherweise auch diesmal Frankreich nicht zur Beteiligung daran auffordern werde.

Das Bauhandwerkerschutzgesetz.

Daß die Terrain- und Bauspekulationen der letzten Jahrzehnte äußerst ungesunde Verhältnisse auf dem Gebiete des Bauwesens hervorgerufen und eine förmliche Kaste von Bauschwindlern geschaffen haben, ist aller Welt bekannt. Bis zum Erlasse des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen standen ihrem Treiben auch so gut wie keine Hindernisse entgegen. Allerdings konnten sich Lieferanten und Bauhandwerker durch Eintragen ihrer Forderungen auf das Grundstück schadlos zu halten suchen. Da diese Forderungen aber hinter den bereits eingetragenen Kauf- und Baugeldern und etwa schon hergeliehenen Hypotheken rangierten, fielen sie bei der Zwangsversteigerung fast immer glatt unter den Tisch, da die Lieferanten und Handwerker selbst nicht in der Lage waren, ihre Forderungen herauszubieten und ihre Vordermänner nur ihre eigenen Forderungen, Kauf-Baugelder und Hypotheken herausboten. Nicht selten fiel auch von diesen Forderungen noch ein Teil aus. Den fortdauernden, berechtigten Klagen wurde endlich Gehör geschenkt und das

Reichsgesetz zur Sicherung der Bauforderungen

geschaffen. Das Gesetz zerfällt in zwei Teile, deren erster von der Baugeldverwendungs- und Buchführungspflicht handelt und für das ganze Reich gilt. Danach hat der Empfänger von Baugeld dieses lediglich zur Befriedigung der bei seinem Bauunternehmen beteiligten Handwerker und Lieferanten zu verwenden. Vorsätzliches Zuwiderhandeln des Baugeldempfängers gegen diese Bestimmung, zum Nachteil seiner vorbezeichneten Gläubiger wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Der zweite Teil will den am Bau beteiligten Handwerkern und Lieferanten auch noch eine dingliche Sicherung ihrer Bauforderungen gewähren, indem diese an bevorzugter Stelle auf das Grundstück eingetragen werden können und zwar dergestalt, daß bei einem Zwangsverkauf oder auch bei freihändiger Veräußerung des Grundstücks, diese Forderungen vor allen andern, selbst vor 1. Hypotheken, den Vorrang haben sollen und bei Besitzwechsel sofort ausgezahlt werden müssen. Dieser zweite Teil des Gesetzes zum Schutze der Bauforderungen soll aber nur durch landesherrliche Verfügung in den einzelnen Bundesstaaten eingeführt werden und er gilt auch dort nur in den besonders bestimmten Gemeinden. Da nichts mehr gegen den Bauschwindel verfangen will, ist der Ruf nach dem zweiten Teil des Gesetzes immer lauter geworden und besonders in den Großstädten, wo der Bauschwindel am ärgsten haust, drängen die Bauhandwerker auf Einführung auch dieses Teiles des Gesetzes. Die Regierung zögert bisher noch, diesem Verlangen nachzugeben, weil die Verschiedenheiten der Verhältnisse Bedenken erregt. Andererseits darf kein Mittel unversucht bleiben, das

dem fraglos schwer kämpfenden Handwerk

wirksamen Schutz und tatkräftige Hilfe bringen könnte. Man dürfte aber gut tun, das Experiment mit dem zweiten Teil vorläufig auf die Großstädte zu beschränken und abzuwarten, ob die Warner vor dem zweiten Gesetzesteil Recht haben mit ihrer Befürchtung, daß die Bautätigkeit durch die scharfen Bestimmungen des Gesetzes eine unliebsame Einschränkung erfahren könnte, so daß über kurz oder lang eine Wohnungsnot eintreten könnte, deren Folge dann Mietssteigerungen sein würden. Auf alle Fälle aber muß dem Ueberhandnehmen des Bauschwindels in den Großstädten gesteuert werden, und dazu ist eben der zweite Teil des Gesetzes gegeben.

Deutsches Reich.

Die Organisierung der Veteranenfürsorge durch den Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen.

Unter dem Vorsitz Seiner Exzellenz des Generals der Infanterie Freiherrn von Lyncker fand am 26. d. M. eine Hauptvorstandssitzung des Reichsverbandes zur Unterstützung deutscher Veteranen in Berlin statt.

Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß der Verband bisher bereits einen recht erfreulichen Aufschwung genommen hat, und es wurde auf Grund der vorliegenden sehr befriedigenden Resultate der vorgenommenen Stichproben-Propaganda beschlossen, nunmehr die Propaganda über das ganze Reich auszudehnen. Sodann wurde dankbar anerkannt, daß entsprechend den Wünschen des Reichsverbandes der dem Bundesrat zugegangene Gesetzentwurf, betreffend die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer, die Bedingungen für die Erfüllung der gesetzlichen Beihilfe mildert und der Nachweis der Erwerbsunfähigkeit bei vorliegender Unterstützungsbedürftigkeit nicht mehr verlangt wird; dabei ferner die ärztliche Untersuchung wegfällt und insbesondere dem ersten Grundsatz des Reichsverbandes entsprechend, die Veteranenunterstützung von zukünftig 12,50 Mk. pro Monat, gänzlich unabhängig von der politischen Stellung der Veteranen oder ihrer Konfession gezahlt werden soll.

Frau von Rath stiftete zum Jubiläumsfonds 10 000 Mk.; ferner stellte der erste Vizepräsident des Verbandes, Herr Stier, für die Werbetätigkeit im Reiche gleichfalls 10 000 Mk. zur Verfügung. Eine Reihe von Vereinen und Verbänden, die sich mit der Veteranenfürsorge beschäftigen, haben bereits ihren korporativen Anschluß an den Reichsverband vollzogen. Ferner sind mehr als 50 Regimenter, zahlreiche Landwehrbezirke, Marinekommandos, Schiffe, auswärtige Konsulate usw. korporativ beigetreten. An die deutschen Städte und Landkreise ist ein Rundschreiben ergangen, in dem zu einer gemeinsamen Beratung über die Regelung der Veteranenfürsorge im Reiche, zur Sammlung eines Reichsfonds zwecks Gewährung laufender ausreichender Unterstützungen für die allerbedürftigsten alten Krieger und Schaffung leichter Arbeitsgelegenheit für noch arbeitsfähige Veteranen aufgefordert wird. Meldungen zur Teilnahme an dem demnächst stattfindenden Kongreß und Beitrittserklärungen sind zu richten an die Geschäftsstelle des Reichsverbandes zur Unterstützung deutscher Veteranen, Berlin, Potsdamerstraße 126.

Um unnötige Schreibereien und Unkosten zu vermeiden, wird wiederholt darauf hingewiesen, daß Unterstützungsgesuche noch nicht angenommen werden können, sondern die fraglichen Stellen erst später nach Durchführung der Organisation bekannt gegeben werden.

Kleinere politische Nachrichten.

* **Eine neue Konferenz der bundesstaatlichen Finanzminister.** Die Meldung eines Berliner Blattes von einer für die Pfingstwoche angesetzten neuen Konferenz der bundesstaatlichen Finanzminister in Berlin ist dahin zu berichtigen, daß eine derartige Konferenz zwar in Aussicht genommen ist, aber erst nach der ersten Lesung der Deckungsvorlage in der Budgetkommission des Reichstages.

* **Die Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" belegt den Vorwurf der Religionsfeindschaft, den der Reichskanzler der Sozialdemokratie bei der zweiten Lesung des Etats gemacht hat, durch den Hinweis auf die Osternummern verschiedener sozialdemokratischer Blätter und durch Zitierung von Aussprüchen sozialdemokratischer Führer. — Das Blatt schließt: Wenn die Sozialdemokratie heute das Bedürfnis fühlt, sich von diesem Vorwurf der Religionsfeindschaft zu reinigen, so zeigt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191304302-11/fragment/page=0001

sie dadurch nur, wie unfaßgenehm ihr dieser Vorwurf ist. Sie hat erfahren, daß sie mit ihrem Materialismus keine Geschäfte macht. Die Erfahrung ist durchaus erfreulich. Sie bedeutet die Anerkennung der ungebrochenen Macht der idealen Kräfte im deutschen Volk.

* **Steuerpflichtigkeit von Gratifikation und Ehrensold.** Das Oberverwaltungsgericht hat, wie uns mitgeteilt wird, vor kurzem eine wichtige Entscheidung gefällt, die für weiteste Kreise von erheblicher Bedeutung ist. Es handelte sich um die Steuerpflicht eines Ehrensoldes, der an einen früheren Angestellten einer Firma von dieser gezahlt wurde. Das Oberverwaltungsgericht verneinte die Steuerpflichtigkeit dieses Ehrensoldes mit der ausdrücklichen Begründung, daß der Angestellte bei dem für die Veranlassung maßgebenden Zeitpunkte darauf keinen Rechtsanspruch habe. Daß der Rechtsanspruch der Schenkung im Moment der Leistung erwachse, könne für die Steuerpflichtigkeit nicht in Betracht kommen. Diese Begründung steht im übrigen ganz im Einklang mit dem Artikel 23, Ziffer 2 der Ausführungsanweisung vom 25. Juli 1906, der nur solche fortlaufenden Hebungen als steuerpflichtiges Einkommen gelten läßt, die auf einem besonderen Rechtstitel beruhen. Unterstützungen und Zuwendungen, die ihrem Grund oder Betrag nach in das Belieben des Gegners gestellt sind, sind von dem steuerlichen Zugriff ausgenommen. Daß diese Auslegungsvorschriften dem Wortlaut und dem Sinn des § 14 widersprechen, wie es von Fuisting behauptet wird, ist nicht einzusehen. Paragraph 14 besagt nämlich, daß „Rechte auf periodische Hebungen und Vorteile irgendwelcher Art steuerpflichtig sind." Das Oberverwaltungsgericht hatte früher einen abweichenden Standpunkt von seinem heutigen eingenommen. Allerdings galt damals noch nicht das jetzt in Kraft stehende Einkommensteuergesetz. Mit der Entscheidung vom 6. März 1893 beginnend hat dann das Ober-Verwaltungsgericht seinen Standpunkt geändert und daran in einer Reihe von Entscheidungen bis heute festgehalten. Es ging dabei immer von dem Gedanken aus, daß die Gratifikation zwar in vielen Fällen eine freiwillige Zuwendung sei, aber doch eine Vergütung für geleistete oder zu leistende Dienste darstelle. Bestünde nicht der Dienstvertrag als letzte Rechtsquelle, aus welcher mit die Gratifikation fließt, dann fehlte es für die Steuerpflicht solcher einmaliger oder wiederkehrender Zuwendungen, auch wenn sie als Entgelt für bestimmte Dienste gegeben werden, an jeder rechtlichen Grundlage im Sinne des Paragraphen 14.

* **Deutscher Weinbau-Verband.** Der Deutsche Weinbau-Verein hat seine Umwandlung in einen Deutschen Weinbau-Verband beschlossen. Dem neuen Verbande werden alle deutschen Weinbaugebiete angehören.

* **Wer war es?** Die Luftschiffbau-Zeppelin-Gesellschaft stellt gegenüber der Meldung des W. T.-B., wonach die Luftschiffbau-Zeppelingesellschaft erklärt haben soll, das Luftschiff „Z. 4" sei nur von einem französischen Polizeikommissar betreten, im übrigen aber von den Militärbehörden als deutscher Boden behandelt worden, fest, daß diese Drahtung der Stuttgarter Agentur des W. T.-B. nicht von der Luftschiffbaugesellschaft zugegangen sei. Kein Beamter der Zeppelingesellschaft habe der Stuttgarter Agentur des W. T.-B. eine solche oder ähnliche Mitteilung machen können, weil die Luftschiffbaugesellschaft zurzeit der Veröffentlichung der W. T.-B.-Meldung selbst noch ohne genauere Nachricht über den Aufenthalt des Luftschiffes in Luneville war.

* **Aus dem elsaß-lothringischen Landtage.** In der Dienstag-Sitzung der Ersten Kammer des Landtages erhob Graf Andlaw scharfe Vorwürfe gegen die Regierung wegen Nichterteilung von Jagdscheinen an Ausländer. Er betonte, daß man die Scheine auch solchen Leuten entzogen hätte, gegen die keine Bedenken vorlägen. Das Volk habe sich mit den bestehenden Verhältnissen längst ausgesöhnt. Unterstaatssekretär Mandel gab der Freude darüber Ausdruck, daß sich das elsaß-lothringische Volk mit den Verhältnissen versöhnt habe. Die verschärften Maßnahmen habe man nicht der Regierung, sondern den Nationalisten zu verdanken. Der preußische Kriegsminister habe in der Sitzung des Reichstages vom 18. Januar dem Abgeordneten Dr. Daugs den Standpunkt der Regierung hinreichend präzisiert. Erleichterungen könnten in absehbarer Zeit nicht in Aussicht gestellt werden.

Ausland.

Fortdauer der Lissaboner Unruhen.

Die Unruhen in Lissabon dauern fort. Ständig werden neue Verhaftungen vorgenommen. Dienstag vormittag wurden zwei Bomben gegen die Kaserne des 13. Infanterieregiments in Villa Real von unbekannten Tätern geworfen. Die Bomben richteten keinen größeren Schaden an, nur sämtliche Fensterscheiben der Kaserne wurden zertrümmert. In Coimbra wurden 13 Arbeiter verhaftet, die versuchten, eine Anzahl Soldaten einer Pionierkompagnie zum Anschluß an die revolutionäre Bewegung zu veranlassen.

Luftfahrt.

Ein Fliegeroffizier verunglückt.

Auf dem Flugplatz „Polygon" bei Straßburg verunglückte Dienstag morgen beim Landen ein Eindecker des württembergischen Leutnants Wendler vom Infanterie-Regt. 125. Wendler hat einen Oberschenkelbruch und leichtere Verletzungen im Gesicht davongetragen.

Vermischtes.

Zur Hochzeitsfeier im Kaiserhause.

Die Hauptprogrammpunkte für die Vermählung der Prinzessin Viktoria Luise sind jetzt festgelegt. Am 22. Mai findet ein Galadiner, am 23. eine Galaopernvorstellung statt, beides in Berlin, und am 24. im Königlichen Schloß zu Berlin die ZivilTrauung durch den Minister des Königlichen Hauses und darauf die kirchliche Trauung.

*

Der Lehrer des sächsischen Königs gestorben. Am Montag verstarb in Dresden der Direktor der Königl. Prinzenschule, Hofrat Prof. Dr. Jacob, ehemaliger Lehrer und Erzieher des Königs Friedrich August.

Der älteste Einwohner der Rheinprovinz verstarb am Dienstag in Eisenach (Kreis Trier) im Alter von 102 Jahren.

Ein schweres Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen richtete in der Nähe von Kassel und besonders im oberen Fuldatal erheblichen Schaden an. An zehn Stellen schlug der Blitz ein. In Oberelsungen wurde ein Haus und in Frankenberg wurden zwei Bauerngehöfte durch Blitzschläge eingeäschert.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich Dienstag nachmittag auf der Bahnstrecke Saarbrücken—Neubach. Ein mit sechs Arbeitern besetztes Automobil geriet in voller Fahrt auf den frisch geschotterten Bahndamm und überschlug sich. Die Insassen wurden hinausgeschleudert und das Automobil vollständig zerstört. Ein Fahrgast war sofort tot, zwei wurden lebensgefährlich und die übrigen erheblich verletzt.

Kampf zwischen Arbeitswilligen und Streikenden. Zu Zusammenstößen zwischen Arbeitswilligen und Streikenden, die einen aufrührerischen Charakter annahmen, kam es in Wald bei Solingen. Nachdem es bereits Montag abend auf der Straße zu Ruhestörungen gekommen war, bei denen die Polizei mit blanker Waffe einschreiten mußte, nahmen am Dienstag in den ersten Morgenstunden ungefähr 500 Streikende, um die in der Fabrik der Firma Lautenbach befindlichen Arbeitswilligen anzugreifen, vor der Fabrik Aufstellung. Die Streikenden bewarfen das Fabrikgebäude mit Steinen, aus der Menge wurden mehrere Revolverschüsse abgegeben. Als die Arbeitswilligen zur Arbeit erschienen, kam es zwischen beiden Parteien zu einem gegenseitigen Steinbombardement. Mehrere Personen wurden zum Teil erheblich verletzt. Die Polizei war zunächst machtlos. Erst als sie durch Gendarmerie Verstärkung erhielt, gelang es ihr, die Menge zu zerstreuen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Zahl der streikenden Bergarbeiter in Oberschlesien betrug am Dienstag 90 000 Mann.

Folgen eines militärischen Uebungsmarsches. Ueber den Ausgang eines am Dienstag vom Infanterieregiment Nr. 132 unternommenen Uebungsmarsches Straßburg, Wangenau-Hoerdt und zurück (45 km) waren in der Stadt Straßburg übertriebene Gerüchte verbreitet. Danach sollten über 100 Mann auf der letzten Marschstrecke innerhalb der Stadt marschunfähig geworden sein. Man sprach sogar von 8 Toten. Tatsächlich sind einige 40 Mann infolge der großen Hitze schlapp geworden, von denen mehrere, wie verlautet, wegen Hitzschlagverdachts in das Lazarett eingeliefert wurden. Zu bemerken ist, daß die Leute gegen Mittag in Biwakstellung abgekocht hatten.

Schwere Bestrafung eines deutschen Studenten in Paris. Die Württemberger Zeitung meldet aus Paris: Vor der neunten Strafkammer hatte sich am Dienstag der an der Pariser Universität immatrikulierte deutsche Student Karl Haag aus Stuttgart zu verantworten, dem zur Last gelegt wurde, in der Nacht vom 25. auf den 26. April in einem Boulevard-Café beleidigende Aeußerungen über Frankreich getan und dadurch eine allgemeine Prügelei veranlaßt zu haben. Besonders streng wurde ihm vorgehalten, daß er gesagt habe: „Von Euch niederträchtigen Franzosen stecke ich sechs auf mein Bajonett und röste sie lebendig." Obgleich Haag sich mit Trunkenheit, die auch von Augenzeugen bestätigt wurde, entschuldigte, hielt das Gericht es für angemessen, ihn zu zwei Monaten Gefängnis und hundertfünf Francs Geldstrafe zu verurteilen.

Eine Liebestragödie beim Leichenzug. In Tiflis im Kaukasus ereignete sich, wie uns aus Petersburg geschrieben wird, vor einiger Zeit eine ergreifende Liebestragödie, die eine höchst eigenartige Vorgeschichte hat, und deren Tragik sich dadurch noch erhöhte, daß sie sich bei einem Leichenbegängnis vor den Augen einer großen Menschenmenge vollzog. Ein junger Kaukasier namens Gurier Golkradse, der unter seinen Freunden und Bekannten als ein äußerst exzentrisch und sehr leidenschaftlich veranlagter junger Mann bekannt war, hatte sich in ein schönes, junges Mädchen, die Tochter eines Beamten namens Ketoto, leidenschaftlich verliebt. Das Mädchen, dessen Herz und Hand noch frei war, hatte anfangs an den Werbungen des jungen Mannes Gefallen gefunden und war ihm selbst zugeneigt, dann aber erkalteten ihre Gefühle sehr bald, und sie vermied es, ihren Bewunderer zu treffen. Erklärungen, leidenschaftliche Bitten, Todesdrohungen — nichts half, die Schöne war ungnädig, und es wollte dem jungen Manne nicht gelingen, sie umzustimmen. Sie blieb ihm vielmehr wochenlang verborgen. Dadurch geriet Golkradse in einen Zustand höchstgradiger nervöser Erregung. Er verlor jedes Maß für seine Handlungen und beschloß, sich des Mädchens mit Gewalt zu bemächtigen. Zwei Freunde versprachen ihm, bei der Ausübung seines Vorhabens behilflich zu sein. Der Plan gelang auch. In einem günstigen Augenblick wurde das Mädchen geraubt und in die Berge entführt. Lange durfte sich der Entführer aber nicht seines Sieges erfreuen. Die zahlreichen Verwandten des Mädchens waren der Geraubten nachgejagt, und es gelang ihnen, noch in derselben Nacht die Entführte zu befreien. Ihm diesem Augenblick an verfiel der junge Mann in Tiefsinn. Er zog sich völlig in die Einsamkeit zurück und mied jede Gesellschaft. Da er sich aber der Geliebten nicht mehr näherte, glaubte man, er habe sich mit dem Ereignisse abgefunden. Darin täuschte man sich aber bitter. Im Februar des Jahres heiratete das Mädchen einen Eisenbahnbeamten und zog mit ihrem Manne nach Kutais. Von dieser Zeit an bewachte und umlauerte Golkradse die junge Frau Tag und Nacht. Eines Tages fand eine Beerdigung vom Bahnhofe aus statt. Im Gefolge hinter der Leiche ging auch die junge Frau. Da trat der wilde, junge Kaukasier, der ihr schon vom Morgen an heimlich auf Schritt und Tritt gefolgt war, unauffällig an sie heran, zog seinen Dolch und tötete sie mit drei Dolchstichen. Die Polizei verhaftete ihn sogleich, während er noch mit starren Blicken auf sein vor ihm liegendes Opfer schaute. Er leistete keinen Widerstand und ließ sich ruhig abführen.

Wie entstehen die sogenannten „Blitzfiguren?" Anläßlich der beginnenden heißen Jahreszeit wird uns von meteorologischer Seite geschrieben: Nach dem kurzen Kälterückfall der vorletzten Woche hat nun eine fast sommerliche Wärme eingesetzt, und in wenigen Tagen wird die Natur gewiß ein sommerliches Gepräge tragen. Auch die ersten Gewitter dürften bald zu erwarten sein. Diese gewaltige Naturerscheinung des Frühlings und Sommers übt noch immer auf die Gemüter der Menschen eine starke Wirkung aus, und zwar, trotz des meist vorhandenen ausreichenden Blitzschutzes, eine recht beunruhigende Wirkung. Besonders haben Blitzschläge in der Vorstellung der Laien darum etwas ungewöhnlich Schreckensvolles, weil der Glaube verbreitet ist, daß der Tod, der durch Blitzschlag eintritt, außerordentlich qualvoll sein müsse. Schuld an diesem Glauben tragen die sogenannten „Blitzfiguren", die sich an den Leichen der vom Blitz Erschlagenen oft finden, und für die man noch immer keine Deutung zu haben glaubt. Wie die neueren Forschungen jedoch ergeben, sind die Figuren, die man an den Leichen sehen kann, nichts anderes als Abdrücke der Kleidungsstücke, oder aber der Blumen und Blätter, auf die der Mensch gestürzt ist. Nur auf diese Weise kann man sich die Figuren der Blätter und Blumen deuten. Die Wunden, die vom Blitz geschlagen werden, zeigen sich zumeist in einer Verbrennung desjenigen Teiles, der von dem elektrischen Schlage berührt worden ist. Da finden sich zuweilen Stellen, die die Größe eines Fünfmarkstückes haben, oder aber es zeigen sich Verkohlungen, die darauf deuten lassen, daß der Getötete von einem sehr starken Schlage zerschmettert worden ist. Auch eine Zerreißung der Kleidungsstücke ist schon gesehen worden, ein solcher Fall ist aber außerordentlich selten. Er wurde im Jahre 1886 beobachtet, und zwar traf der Schlag einen Schneider, der vor einem Gewitter unter einem hohen Baum des Berliner Tiergartens Schutz suchte. Bei der Sektion der Leiche ergab es sich, daß ein Riß, der durch beide Herzkammern ging, den Tod des Unglücklichen herbeigeführt hatte. Auch die mysteriösen „Blitzfiguren" waren zu bemerken, sie zeigten sich in einem Blatte auf der Schulter und in braunen und roten Streifen, die auf dem Leibe des Erschlagenen zu sehen waren. Auch sie wurden als Abdrücke der Kleidungsstücke konstatiert. Der Tod durch Blitzschlag ist nach den bisherigen Untersuchungen durchaus nicht als besonders qualvoll anzusehen, da er augenblicklich eintritt.

Kunst und Wissenschaft.

Deutsche Kunstausstellung in Argentinien. In der von der „Gesellschaft für Deutsche Kunst im Auslande" in Buenos Aires veranstalteten deutschen Kunstausstellung, die am 18. Mai eröffnet wird, werden die angesehensten Meister der deutschen Malerei und Bildhauerkunst vertreten sein. Besonders zu nennen sind die Werke von Hans von Bartels, Eugen Bracht, Ludwig Dill, Otto H. Engel, Arthur Kampf, Robert von Haug, Kallmorgen, Ludwig von Hofmann, Ulrich Hübner, Leo von König, Max Liebermann, Karl von Marr, Raul Meyerheim, Franz von Stuck, Hans Thoma, August Gaul, Adolf Brütt, Adolf Bredow, Tuaillon, Ludwig Manzel, Walter Schott.

Preisaufgaben der Gruppe „Statistik" der Internationalen Baufach-Ausstellung Leipzig 1913. Nach dem Märzheft des „Deutschen Statistischen Zentralblattes" (Verlag G. B. Teubner, Leipzig) hat die Gruppe „Statistik" der Internationalen Ausstellung Leipzig 1913 sechs Preisaufgaben gestellt, für die Preise im Gesamtbetrag von 3000 Mk. zur Verteilung gelangen. Die Aufgaben lauten: 1. Welche statistischen Grundlagen sind zur Aufstellung von Bebauungsplänen für größere Städte erforderlich? — 2. Die Rentabilität der Wohnhäuser in den Städten. — 3. Bestellbauten und Verkaufsbauten. — 4. Die bevölkerungsstatistischen Unterlagen für eine planmäßige private Bautätigkeit. — 5. Geschichte des Baugewerbes in Deutschland nach dem Berufs- und Betriebszählungen. — 6. Die Schwankungen des Straßenbahnverkehrs nach Wochentagen und Tagesstunden. — Die Lösungen der Aufgaben sind mit Kuvert bis zum 15. Juni 1913 an das Direktorium der Ausstellung in Leipzig einzureichen.

Gerichtssaal.

— **Verurteilung einer anonymen Briefschreiberin.** Vor der Strafkammer 2 des Landgerichts zu Stendal hatte sich am Montag die Ehefrau des Grundbesitzers und Barbiers Chr. Benecke aus Miesite im Kreise Gardelegen wegen wissentlich falscher Anschuldigung in zwei Fällen zu verantworten. Die bisher unbestrafte Angeklagte hat im September und im Oktober vorigen Jahres je einen anonymen Brief an die Königliche Regierung zu Magdeburg und an den Landesbauinspektor zu Gardelegen gerichtet und in diesen Schreiben den Strafenmeister in Miesite beschuldigt, Unregelmäßigkeiten verschiedener Art zum Schaden der Behörde begangen zu haben. Die Beweisaufnahme ergab, daß die in den Briefen mitgeteilten Tatsachen vollständig auf Unwahrheit beruhten und daß der Beamte seine Amtsgeschäfte in durchaus einwandfreier Weise geführt hat. Der Vertreter der Anklagebehörde beantragte eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte wegen Beleidigung in zwei Fällen zu sechs Wochen Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens.

Aus Halle und Umgebung.

Halle, den 30. April.

Graphische Ausstellung im städtischen Museum.

Im städtischen Museum am Großen Berlin ist gegenwärtig eine kleine Sammlung moderner Graphik ausgestellt, die einen guten Ueberblick über die Griffelkunst des letzten Menschenalters ermöglicht. Der erste Raum enthält außer einigen sehr schönen Arbeiten Stauffer-Berns, darunter das Gottfried Keller-Bildnis, einen Querschnitt durch das graphische Schaffen Max Klingers. Der gewaltige technische und geistige Fortschritt des Künstlers von den harmlosen Jugendblättern bis zu dem zweiten Zyklus „Von Tode" wird jeden Betrachter mit staunender Bewunderung erfüllen. Besonders aufmerksam gemacht sei auf das Blatt „An die Schönheit", das für mein Empfinden zu den herrlichsten Arbeiten der modernen Graphik gehört. Neben den Werken Klingers fingen die Arbeiten von Käthe Kollwitz das Lied von Erdenmühe und Leid. Der zweite Raum ist vor allem den Führern der Sezession gewidmet; Liebermann, Korinth, Slevogt sind mit charakteristischen Arbeiten vertreten. Die schöne Steinzeichnung Ludwig von Hofmanns sei ebenfalls eingehenbster Betrachtung empfohlen. Das Blatt „Frühling" von Vogeler zeigt die zarte Innigkeit dieses Künstlers, der sich bei aller Gefühlswärme von weichlicher Empfindsamkeit frei zu halten weiß. Der dritte Raum enthält Arbeiten verschiedener Künstler, unter denen besonders die Blätter des Grafen von Kalkreuth zu längerem Verweilen einladen. Endlich sei den Besuchern der Ausstellung noch die Besichtigung des oberen Stockwerkes dringend ans Herz gelegt; dort wird ihnen mit einigen Neuerwerbungen eine freudige Ueberraschung zuteil werden. —t.—

Zur Förderung der Jugendpflege.

Der preußische Kultusminister, der sich die Förderung der Jugendpflege besonders angelegen sein läßt, hat mit Wirkung vom 1. April 1913 mit der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Frankfurt a. M. und dem Allgemeinen deutschen Versicherungs-Verein, A.-G. in Stuttgart, Versicherungsverträge für Unfall- und Haftpflichtversicherung geschlossen. Die Verträge haben zum Gegenstand: a) die Haftpflichtversicherung der Leiter (Leiterinnen), b) die Unfallversicherung der Leiter (Leiterinnen), c) die Unfallversicherung der Jugendlichen der staatlich organisierten Jugendvereinigungen. Auf Grund der beiden erstgenannten Verträge sind sämtliche Jugendleiter (Jugendleiterinnen) der den staatlichen Organisationen angegliederten Jugendvereinigungen Preußens versichert. Die Kosten der Versicherung übernimmt der Staat. Das letztgenannte Abkommen ist ein Vergünstigungsvertrag, auf Grund dessen zu Gunsten der Mitglieder der Jugendvereinigungen, die der staatlichen Organisation angegliedert sind, Versicherung für Unfälle, die diese bei Ausübung der Vereinstätigkeit erleiden, zu günstigen Bedingungen und außerordentlich mäßigen Prämien genommen werden kann.

Der Rudersport in Deutschland.

Im Saaleregattaverein hielt am Montag Herr Dr. Leithold-Halle einen Vortrag mit Lichtbildern über „Die Entwickelung des Rudersports". Zunächst wies er darauf hin, daß der Rudersport unter der Regierung unseres Kaisers, des höchsten Förderers desselben, einen ungeheuren Fortschritt gemacht habe. Der Kaiser habe den Sport erst hoffähig gemacht und ihm Kreise nahe gebracht, die ihm bis dahin fernstanden. Der Rudersport als Leibesübung wurde zuerst von den Engländern seit dem Anfange des 18. Jahrhunderts betrieben. In Deutschland fand er erst 100 Jahre später Eingang. Der erste deutsche Ruderklub wurde 1836 in Hamburg gegründet. Erst nach längerer Zeit erfolgten auch in anderen Städten Klubgründungen. Die ersten Regatten wurden in den 40er Jahren auf der Alster gefahren. Diese sahen freilich etwas anders aus als die heutigen, sowohl hinsichtlich der Teilnehmer und der Boote, als auch der Preise. Nach dem Kriege 1870/71 kam dann eine weitere Entwickelung des Rudersports. In den 70er Jahren wagten es die deutschen Klubs sogar, die Engländer in ihrem eigenen Lande herauszufordern, wenn auch ohne Erfolg. In England bestand damals bereits eine feste Organisation, während in Deutschland jede Stadt ihre eigenen Bestimmungen hatte. Erst im Jahre 1883 wurde ein deutscher Ruderverband gegründet. In dem Zentralruderausschuß, der von diesem eingesetzt wurde, hatte Süddeutschland die Oberhand, wo sich in Frankfurt a. M. ein neuer Sportmittelpunkt gebildet hatte, der Hamburg bald überflügelte. Dieser Ausschuß setzte Wettfahrtbestimmungen fest, bei welchen vor allem der Amateurparagraph wichtig ist, der bestimmt, daß sich an den Regatten niemals beteiligen darf, der in seinem Beruf irgendwie mit dem Wasser zu tun hat. Nun ging man daran, mit dem Auslande Vereinbarungen zu treffen, um auch mit diesem seine Kräfte messen zu können. Trotz der Schwierigkeiten, die hauptsächlich der Amateurparagraph verursachte, kamen diese auch zustande. Heute hat sich der deutsche Rudersport in der Welt Achtung verschafft und kann dem Auslande ebenbürtig an die Seite treten. Das verdanken wir nicht zum wenigsten unserm Kaiser. Mit einem dreifachen Hipp! Hipp! Hurra! auf den Kaiser schloß der Redner. Durch eine große Zahl Lichtbilder, welche die Zuschauer teils in das alte Hamburg vor 70 Jahren, teils in die neuere Zeit führten, wurde der Vortrag erläutert. Auch der Blumenkorso in Halle wurde im Bilde vorgeführt.

Die unvorschriftsmäßige Waschküche.

Eine für die hiesigen Hausbesitzer wichtige Entscheidung hat der Bezirksausschuß zu Merseburg in seiner letzten Sitzung gefällt, indem er eine Strafverfügung der hiesigen Polizeiverwaltung wegen Nichtbeachtung einer baupolizeilichen Bestimmung bestätigte, gegen die anscheinend öfters verstoßen wird. Nach den hier bestehenden baupolizeilichen Vorschriften sollen nämlich alle im Kellergeschoß gelegenen Waschküchen einen besonderen Zugang von außen haben. Da die Waschküche des dem Schneidermeister August A. hier gehörigen Hauses dieser Vorschrift nicht entspricht, so erließ die Polizeiverwaltung gegen ihn eine Verfügung, in der er zur Vornahme der nötigen baulichen Aenderung aufgefordert wurde. Als A. die gestellte Frist

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191304302-11/fragment/page=0002

hatte verstreichen lassen, ohne der Aufforderung nachzukommen, erließ die Polizeiverwaltung gegen ihn noch eine zweite Verfügung, in welcher ihm diesmal unter Strafandrohung eine neue Frist gestellt wurde. Nunmehr suchte A. bei der Polizeiverwaltung um Befreiung von der geforderten Aenderung nach und klagte schließlich, als er damit keinen Erfolg erzielte, bei der Kgl. Regierung auf Aufhebung der polizeilichen Verfügungen. In der Verhandlung vor dem Bezirksausschuß zu Merseburg machte der Kläger unter anderem geltend, daß die Waschküche nur ganz wenig, höchstens an fünf oder sechs Tagen im Monat zur Wäsche benutzt werde, da die meisten Mietparteien die Wäsche gleich in ihrer Wohnung wüschen. Auch entsprächen von 4000 Waschküchen in Halle kaum 300 der gegen ihn geltend gemachten baupolizeilichen Bestimmung. Der Bezirksausschuß erkannte aber auf Abweisung der Klage, wobei der Wert des Streitgegenstandes auf 175 Mark festgesetzt wurde. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß der Kläger schon an die erste polizeiliche Verfügung gebunden gewesen sei. Da die baupolizeiliche Bestimmung wegen eines besonderen Zuganges zu den Waschküchen im Keller zu recht bestehe, so hätte er die geforderte Aenderung sofort vornehmen lassen müssen. Daß die Waschküche nicht regelmäßig zum Waschen benutzt wird, ist für ihn kein Grund zur Befreiung von der Vorschrift, und wenn die Polizeiverwaltung ihm in der zweiten Verfügung, nachdem die erste bereits wegen versäumter Einspruchsfrist rechtskräftig geworden war, wenn auch unter Strafandrohung, die ursprünglich gestellte Frist verlängert hat, so ist darin nur eine besondere Vergünstigung zu sehen.

— **Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pfg. für je 20 g):** Die Portoermäßigung erstreckt sich nur auf Briefe, nicht auch auf Postkarten, Drucksachen usw., und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht auch nach anderen Gebieten Amerikas, z. B. Canada. „Amerika" ab Hamburg 1 Mai, „George Washington" ab Bremen 3. Mai, „Kaiser Wilhelm der Große" ab Bremen 6. Mai, „Kaiser Wilhelm II." ab Bremen 13. Mai, „Kaiserin Auguste Viktoria" ab Hamburg 15. Mai, „Kronprinz Wilhelm" ab Bremen 20. Mai, „Imperator" ab Hamburg 24. Mai, „Kronprinzessin Cecilie" ab Bremen 27. Mai, „George Washington" ab Bremen 31. Mai, „Kaiser Wilhelm der Große" ab Bremen 3. Juni. Postanschluß nach Ankunft der Frühzüge. Alle diese Schiffe sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsgelegenheit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerke wie „direkter Weg" oder „über Bremen oder Hamburg" zu versehen.

— **Zwangsversteigerung.** An hiesiger Gerichtsstelle wurde im Wege der Zwangsvollstreckung öffentlich meistbietend versteigert 1. Der Doppelschraubendampfer Nr. 406, benannt „Herzog Wittekind". Der Dampfer ist erbaut auf der Gebr. Sachsenberschen Schiffswerft in Roßlau a. E. und kostete etwa 100 000 Mark. Einziger Bieter blieb die Groninger Bank mit 55 000 Mark, ihr wurde der Zuschlag sofort erteilt. 2. Halle, Dittenbergerstraße 8, auf den Namen des Bauunternehmers Otto Bahn eingetragen, mit einem jährlichen Nutzungswert von 2440 Mk. Ersteher war der zweite Hypothekengläubiger mit 41 500 Mk. Ihm wurde der Zuschlag sofort erteilt.

— **Die Ausschachtungsarbeiten zum Hospitalneubau** an der Gleucharerstraße sind schon ein ganzes Teil vorgeschritten. Man sieht dabei auf menschliche Knochenüberreste, die gesammelt und in eine auf dem ehemaligen Andreasgottesacker errichtete Grube eingelegt werden. Auch das Schlegelsche Grabmal in der Nähe des Vereinganges, aus dem Jahre 1820 stammend, ist mit dem Denkstein verschwunden, da es auf dem Baugelände stand.

— **Aus Crölwitz.** Vom „Hohen Wege" im Schluchtengelände wird jetzt eine neue Straße B nach dem hohen Birkenmädchen zu angelegt, wobei die oberen Erdmassen zum Auffüllen des unteren Baugeländes verbraucht werden. Die werden. Die kürzlich angelegten dreireihigen Kastanienallee zwischen Gestüt und Heidepark sind ebenfalls erfroren, die jungen Bäumchen dürften sich aber schnell erholen.

— **Hallesche Tageschronik.** In der Großen Steinstraße stürzte gestern Montag ein Färber beim Ausweichen vor einem Kraftwagen über das Vorderrad eines langsam fahrenden Radfahrers. Durch den Sturz zog sich der Färber eine Gehirnerschütterung zu und mußte der Klinik zugeführt werden. Nach der Zeugenaussage soll den Radfahrer eine Schuld nicht treffen. — In der Mansfelder Straße stieß ein Stadtbahnwagen mit einem Rollwagen zusammen. Personen wurden nicht verletzt. Ein Musiker kam beim Ueberfahren einer Weiche der Straßenbahn in der Bernburger Straße mit seinem Fahrrade zu Fall und zog sich Verletzungen an der linken Hüfte zu.

Thieles Kursbuch

für Mitteldeutschland, enthaltend die Sommerfahrpläne 1913, wurde für die Abonnenten der Stadt Halle der gestrigen Nachmittagsausgabe der Halleschen Zeitung (Nr. 199) beigelegt. Für die Postabonnenten liegt das Kursbuch der heutigen Frühausgabe (Nr. 200) bei.

Wir hoffen und wünschen, daß das bekannte und allgemein beliebte Kursbuch unsere Abonnenten nur auf frohen und glücklichen Reisen begleiten möchte.

Letzte Telegramme.

Zur internationalen Lage.

Berlin, 30. April. (H. T. B.) Bei dem gestrigen Empfange des diplomatischen Korps im Auswärtigen Amte durch Staatssekretär von Jagow lag eine Meldung von einem beabsichtigten selbständigen Vorgehen Oesterreich-Ungarns noch nicht vor. Zu dieser Wiener Nachricht wird von hiesiger maßgebender Stelle einem Vertreter des Hirschschen Telegraphen-Bureaus bemerkt, daß dieses nunmehrige selbständige Eingreifen unserer Nachbarmonarchie nicht verübelt werden kann, da die Botschafterkonferenz bisher ein einmütiges Vorgehen der Großmächte nicht erzielen konnte, und ein weiteres Zaudern dem Ansehen Oesterreich-Ungarns entschieden von großem Schaden sein werde. Immerhin glaubt man nicht, daß dieses alleinige Vorgehen einen Grund zur Beunruhigung geben wird, da man nicht an ein Uebergreifen der Differenzen auf die Großmächte selbst hier glaubt, sondern durchaus die Ansicht vertritt, daß ein eventueller Konflikt lokalisiert bleiben würde.

Sich selbst gestellt.

Berlin, 30. April. Der Kriminalpolizei stellte sich gestern der 40jährige Buchhalter Martin Wagner, der vor zwei Monaten nach Unterschlagung von 2000 Mark aus Berlin flüchtete, und das unrechtmäßig erworbene Geld verspielte.

Zwei Kirchenräuber verhaftet.

Berlin, 30. April. In einem Trödelladen am Rosenthaler wurden gestern abend der Hilfsmonteur Timm und der Reisende Kamis verhaftet, als sie zerschlagenes Kirchengut zum Kauf anboten. Dies war von ihnen aus der Bartholomäuskirche erbeutet worden. Es wird vermutet, daß die Verhafteten auch für die zahlreichen Synagogeneinbrüche der letzten Zeit in Frage kommen.

Verhängnisvolle Explosion.

Essen, 30. April. Bei einer Explosion auf der Zeche „Adolf v. Hansemann" wurden zwei Arbeiter getötet und einer schwer verwundet.

Der Ernst der Balkanlage.

Wien, 30. April. Von informierter Seite wird der „Neuen Fr. Pr." erklärt: Strenge Maßnahmen können noch immer unnötig werden, wenn Montenegro mit aller Beschleunigung der Aufforderung der Mächte vorbehaltlos und bedingungslos nachkommt. Oesterreich ist zwar entschlossen, im gegenteiligen Falle selbständig mit Zwangsmaßregeln vorzugehen, erhebt aber nicht nur keine Einwendungen gegen die Mitwirkung anderer Mächte an diesen Zwangsmaßregeln, sondern wird darin nur die Erfüllung seiner ursprünglichen Forderung erblicken.

Börsen- und Handelsteil.

Abtrennung von Dividendenscheinen.

Zu trennen sind am: 30. April Preußisches Leihhaus 0 Dividende; Bedburger Wollindustrie 0; Hein, Lehmann & Co., A.-G. 10 Proz.; Lothr. Portland Zement-Werke 8 Proz.; Neptun Schiffswerft 4 Proz.; Schaefer Blechemballage 8 Proz.; Stöhr u. Co., Kammgarn-Spinn. 12 Proz.; Tietz, Leonh. Akt.-Ges., Köln 8 Proz.; Zechau-Kriebitzscher Kohlenw. Glückauf 3 Proz.; Magdeb. Lebensversicherungs-Ges. 68 Mk.; Transatlantische Güterversich.-Ges. 80 Mk.; Mansf. Kupferschieferbauende Gewerksch. 45 Mk.; Metall-Aktwerke, München 16 Proz.; Metallwerke vorm. J. Aders A.-G. fraglich; Solenhofer Aktien-Verein, München 8 Proz.; Württemb. Metallw.-Fabr., Geislingen 20 Proz. Am 2. Mai: Alfeld-Gronau-Hannov. Papierfabr. 0 Proz.; Aluminium-Industrie A.-G. 20 Proz.; Aplerbecker Akt.-Ver. f. Bergbau Zeche Margarethe 10 Proz.; Eisenhütte Silesia 12 Proz.; Ges. f. elektr. Unternehmungen 10 Proz.; Girmes & Co. Akt.-Ges. 12 Proz.; Linde's Eismaschinen A.-G. 9 Proz.; Maschinenfabrik H. Breuer & Co. 0 Proz.; Müller Speisefettfabrik 6 Proz.; Oberschl. Eisen-Ind. A.-G. f. Bergb. 3 Proz.; Süddeutsche Immobilen-Ges. 0 Proz.; Colonia Köln. Feuer-Vers.-Ges. 465 Mk.; Dresd. Allg. Vers.-Ges. f. See-, Fluß- und Land-Tr. 250 Mk.; Sächs. Rückversicher.-Ges. 75 Mk.; Chem. Fab. Goldenb., Geromont & Co. 14 Proz.; Dampfziegelei Waiblingen fraglich; Deutsche Kunstleder-A.-G. 10 Proz.; Hotel Bellevue, Dresden 0 Proz.; Maschinenfabrik Moenus 19 Proz.; München-Dachauer A.-G. f. Maschinenpapierfabr. fraglich; Würzener Tepp.- u. Velours-Fabr. 0 Proz.; Rückversicher.-Ges. Colonia 100 Mark; Union A.-G. f. See- und Fluß-Vers., Stettin 30 Mk.

Wollauktion in London.

vom 29. April. Die heutige Auktion verlief bei strammer heimischer und kontinentaler Nachfrage in fester Haltung. Gröbere Sorten Neuseeland, Greasy Crossbreds und Westaustralische Greasy-Merinos tendierten zugunsten der Verkäufer. Von 13 000 angebotenen Ballen wurden 1000 Ballen zurückgezogen.

*

— **Verein chemischer Fabriken, Akt.-Ges., in Zeitz.** Die Generalversammlung genehmigte die Bilanz und setzte die Dividende auf 8 Prozent fest.

— **120 v. H. Dividende der Pomona-Gesellschaft.** Der Aufsichtsrat hat nunmehr beschlossen, für das erste nur vier Monate umfassende Geschäftsjahr auf das Gesellschaftskapital von 3 Millionen Mark eine Dividende von 40 Prozent = 1 200 000 M in Vorschlag zu bringen. Das entspricht also einer Jahresdividende in der Riesenhöhe von 120 Prozent! Außerdem sollen noch 1 200 000 M auf Gerechtsame-Konto abgeschrieben werden.

— **Schubert u. Salzer, Maschinenfabrik, Akt.-Ges., in Chemnitz.** Nach zirkulierenden Gerüchten dürfte die Dividende für das am 31. März d. J. abgelaufene Geschäftsjahr 1912/13 mit 24 Proz. (i. V. 20 Prozent) zu erwarten sein.

Produkten- und Warenmärkte.

Getreide. Hülsenfrüchte. Futtermittel.

Berliner Frühmarkt. (Amtl. Notierungen.) Berlin, 29. April.

Weizen (Normalgew. 755 g):		**Mais (p. 1000 kg) frei Wagen:**	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	204—210	Amerik. mix.	152—154
Mai	213¼—213	runder	156—158
Juli	---	türk. mixed	---
September	---	weißer Natal	---
Dezember	---	**Erbsen (per 1000 kg):**	
Roggen (Normalgew. 712 g):		Inl. u. russ. Futterware	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	163-164	mittel	168—180
Mai	167—166¾	feine Taubenerbsen	181—200
Juli	---	Viktoriaerbsen	---
Oktober	---	Kleine Kocherbsen	---
Dezember	---	**Weizenmehl (per 100 kg)**	
Gerste (per 1000 kg)		Nr. 00 brutto einschl. Sack	
Futtergr., leichte inl.	150—158	ab Bahn u. Speicher	24.25—28.50
do. schwere	159—167	**Roggenmehl (per 100 kg):**	
Wintergerste, inländ.	---	Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack	
russ. u. Donau leichte	---	ab Bahn u. Speicher	20.50—22.80
do. schwere	---	**Weizenkleie:**	
Hafer (Normalgew. 450 g):		grobe und feine	10.90—11.40
Inl.**) fein (p. 1000 kg)	180—198	**Roggenkleie**	10.90—11.40
do. mittel do.	170—179	**Seradella**	---
do. gering do.	---	**Lupinen, gelbe**	---
mit Geruch	---	blaue	---

Mittagsbörse. (Notierung der Produktenbörse.)

Weizen (Normalgew. 755 g):		**Hafer (Normalgew. 450 g):**	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	206—210	inländ. fein	175—195
abfallender	190—200	mittel 165-174, gering	---
Mai	212½—212¾—212½	Mai	169¼—167¼—167½
Juli	218½—218¼	Juli	176¼—176½—174½
Sept.	208¼—207¾	Sept.	168½—168
Roggen (Normalgew. 712 g):		**Weizenmehl (per 100 kg):**	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	164-164	Nr. 00 brutto einschl. Sack	
feiner	---	ab Bahn u. Speicher	24.50—28.75
Mai	166—166½—166¼	(feinste Marken über Notiz).	
Juli	172¼—172—173—172¾	**Roggenmehl (per 100 kg):**	
Sept.	170¾—170¼—170⅜—170⅝	Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack	
Mais (ohne Aug. b. Prov.):		ab Bahn u. Speicher	20.50—22.80
amerikan. mixed	149—151	Mai 21.10, Juli 21.5C.	
runder	155-157 (ab Bahn u. Kahn)	**Rüböl (per 100 kg in Fäß):**	
Mai	---	März	—.— Br.
Dezbr.	---	Mai	66.30 G.
		Oktbr.	---

L. **Hamburg**, 29. April. Tägliche ausländische Offerten in Mark für 1000 kg einschließl. Fracht, Zoll u. Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. **Weizen:** Hardwinter II April 228 M, Northern I Duluth April 229 M, Walla-Walla Febr./März 233 M, Manitoba I April/Mai 233 M, II 228 M, III 223 M, Arg. Bar. 78 kg April/Mai 229 M, 77 kg 226 M, Rosafé 77/78 kg März/April 228 M, Rotdr. 76/77 kg April —.— M, Kustral, März/April 237 M — **Roggen:** Südruß. 9 Pud 10/15 März 176 M — **Futtergerste:** Südruß. 58/59 kg schwim. 142—144 M, April 140¾ M, Mai 139¾ M, Juni 139¾ M, Amerik. schwimmend 135 M, April 134 M — **Hafer:** Rordr. 50/51 kg April 174¾ M, Petersburger 47/48 kg Mai/Juni 181 M, Clipped 38 Pfund loko — M, La Plata 46/47 kg März/April 170 M, Mai/Juni 171 M — **Mais:** La Plata schwimm. 148¾ M, April/Mai 144 M, Mai/Juni 143 M, Mixed Juni/Sept. 147¾ M, Donau Galoz April/Mai 145 M, Mai-Juni 144¾ M.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Magdeburg**, 29. April. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse 27,25—27,75 Mk. Tendenz: fletig.

— **Berlin**, 29. April. Kartoffelstärke und Kartoffelmehl April-Mai 27,50 Mk.

Spiritus.

— **Hamburg**, 29. April. Spiritus ruhig, April 33 G., April-Mai 33 G., Mai-Juni 33 G.

— **Paris**, 29. April. Spiritus behauptet. April 48,00, Mai 44,00, Mai-August 43,00, September-Dezember 42,75.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 29. April. Rüböl loko 69,00, Mai 68,50.

— **Hamburg**, 29. April. Rüböl fletig, loko verzollt 67,50.

— **Amsterdam**, 29. April. Leinöl flau, loko —, Mai 28¼, Mai-August 27¾, September-Dezember 26¾.

— **Paris**, 29. April. Rüböl ruhig, April 74,75, Mai 73,75, Mai-August 73,00, September-Dezember 72,00.

Zucker.

W. Hamburg, 29. April. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo per April 9,80, per Mai 9,82½, per Juni 9,87½, per August 10,12½, per Oktober-Dezember 10,15, per Januar-März 10,30. Tendenz: ruhig.

— **London**, 29. April. Rüben-Rohzucker 88 % April 9 sh 8½ d. Wert, ruhig. Javazucker 96 % prompt 10 sh. 6 nom., ruhig

Kaffee.

— **Hamburg**, 29. April. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) Mai 57 G., Septbr. 57¾ G., Dezbr. 57½ G., März 57¼ G. Tendenz: schleppend.

— **Amsterdam**, 29. April. Java-Kaffee, good ordinary, träge, loko 49.

— **Havre**, 29. April. Kaffee. Good average Santos Mai 69¾, September 70¾, Dezember 70¾, März 70¾. Tendenz: fletig.

W. Rio de Janeiro, 28. April. Kaffee. Zufuhren 10 000 Sack in Rio, 7000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 29. April. Baumwolle, schwach. Upland middling loko 61,75 Mk.

— **Antwerpen**, 29. April. Wolle. La Plata-Kammzug Type B Mai 6,27½, Februar 6,00 Verkäufer. Tendenz: Ruhig.

— **Liverpool**, 29. April. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Willig.

Amerikanische middling Lieferungen: Willig. Per April —,—, per April-Mai 6.34, per Mai-Juni 6,34, per Juni-Juli 6,32, per Juli-August 6,29, per August-Sept. 6,19, per Septbr.-Oktober 6,07, per Oktober-November 6,01, per November-Dezember 5,98, per Dezbr.-Januar 5,97, per Januar-Februar 5,96.

Metalle.

— **Amsterdam**, 29. April. Banczinn behauptet, loko 138¼.

— **London**, 29. April. Blei, span., 17⅞ Lstrl., engl. 18⅜ Lstr l. Zinn 229 Lstrl., Zink 25½ Lstrl., Chili-Kupfer 67½ Lstrl., 3 Monate 67⅝ Lstrl.

— **Glasgow**, 29. April. (Schlußbericht.) Roheisen ruhig. Middlesborough Warrants per Kassa — sh. — d.

Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Magdeburg**, 29. April. (Amtlicher Bericht.) Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb: 458 Rinder, und zwar 72 Ochsen, 136 Bullen, 250 Färsen u. Kühe, 15 Fresser, 516 Kälber, 171 Schafvieh zc., 2504 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht. Ochsen: a) vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben (ungeschot) 50—53, b) vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4—7 Jahren 45—49, c) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 39—44, d) mäßig genährte junge und gut genährte ältere ——— M. Bullen: a) vollfleischige ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 48—52, b) vollfleischige jüngere 43—48, c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 39—43 M. Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes 47—52, b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 44—48, c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 40—43, d) mäßig genährte Kühe und Färsen 35—39, e) gering genährte Kühe und Färsen 30—34 M. Gering genährtes Jungvieh (Fresser) 40—45 M. Kälber: a) Doppellender feinster Mast 76—95, b) feinste Mastkälber 66—74, c) mittlere Mast- und beste Saugkälber 60—65, d) geringe Mast- und gute Saugkälber 52—58, e) geringe Saugkälber 40—50 M. Schafe (Stallmastschafe): a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 47, b) ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe bis 43, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 35 bis 38 M. Schweine: a) Fettschweine über 150 kg Lebendgewicht — (Schlachtgew. ———), b) vollfleisch. v. 120—150 kg Lebendgew. 54—56 (Schlachtgew. 68—70), c) vollfleischige von 100—120 kg Lebendgew. 54—55 (Schlachtgew. 67—69), d) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgew. 53—54, (Schlachtgew. 66—68), e) vollfleischige unter 80 kg Lebendgew. 52—54 (Schlachtgew. 65—67), f) unreife Sauen Lebendgew. 48—53 (Schlachtgew. 60—66), g) geschnittene Eber Lebendgew. 46—48 (Schlachtgew. 57—60) M. Die Schlachtgewichtspreise für Schweine verstehen sich unter Berücksichtigung eines Taraabzuges von 20 %; Lebendgewichtspreis umgerechnet. Die Beträge von 50 ₰ und darüber sind nach oben, die unter 50 ₰ nach unten abgerundet. Verlauf und Tendenz: mittelmäßig. Ueberstand: 80 Rinder, 25 Kälber, 25 Schafe, 250 Schweine.

Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 29. April. Roter Winter-Weizen loko 115 per Mai 100⅞, per Juli 100⅝, per Sept. 99, per Dezbr. —,—. Mais per Mai —,—, per Juli —,—, per Sept. —,—. Mehl 4,00. Getreidefracht nach Liverpool 2½.

W. Chicago, 29. April. Weizen per Mai 92½, per Juli 92⅛ per Sept. 91⅝. Mais, per Mai 55, per Juli 55⅝, per Sept. 56⅛.

W. New-York, 29. April. Petroleum Standard white in New-York 8,50, do. in Philadelphia —,—, do. in Refined Cases 10,80, do. Credit Balances at Oil City 2,50. Kupfer 14,75—15,25.

W. New-York, 29. April. Schmalz Westernsteam 11,25, Rohe und Brothers 11,70.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

Straußfurt 28. April + 1.15, 29. April + 1.10. Grödlitz + 1.14, + 1,19. Nebra Obp. + 2.12, + 2.10. Nebra Untp. + 1.56. + 1.54. Bruckenp. + —. + —. Kösen + 0,70, + 0.70. Weißenfels Untp. + 0,38, + 0,34. Trotha + 1.84, + 1.80. Alsleben + 1.40, + 1.36. Bernburg + 1.12. + 1,02. Calbe Obp. + 1.56, + 1 54. Calbe Utp. + 0.80, + 0,66. Griehne + 0,85, + 0.74.

Verantwortlich: Für Politik u. Feuilleton: Rechtsanwalt Dr. iur. Straffer und Max Ebeling; für Provinz und Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Fritz Müller; für Oertliches: Heinrich Mietzchner; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle (Saale). — Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich, sondern lediglich „An die Redaktion der Halleschen Zeitung in Halle (Saale)" zu adressieren. — Sprechstunden der Redaktion für Politik, Feuilleton und Theater von 10—11 Uhr, für die übrigen Ressorts von 8—1 Uhr mittags.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) 3780 Filiale Halle a. S. Alte Promenade 3, gegenüber d. Stadttheater. Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191304302-11/fragment/page=0003

Berliner Börse, 29. April 1913

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1 1. Jan. 4 1. Apr. 7 1. Juli 10 1. Okt. | a 1.1.7. d 1.4.10. g 15.3.9. k 15.6.12. | 2 1. Febr. 5 1. Mai 8 1. Aug. 11 1. Nov. | b 1.2.8. e 1.5.11. h 15.4.10. l 15.6.12. | 3 1. Mrz. 6 1. Juni 9 1. Spt. 12 1. Dez. | c 1.3.9. f 1.6.12. i 15.5.11. v versch. | quartaliter 1.1.4.7.10. | do. 1.2.5.8.11. | do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 6%, Lombardzinsfuß 7%, Privatdiskont 4⅝%. Nachdr. verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.				Magdeb. 02	d	4	97.80G	Türk. Bagd. A	c	4	80.60bG	Mosk. Kas. 15	a	4	— —	Pr. Pfd.-B. 32	v	4	96.50G	RhWstf Klk. 5	a	*4½	100.75G	Düssld. Adler	O	6	96.00B	Dt. Kaliwerk.	1	10	140.50bG	Emil Köster	4	10	148.50bG	Schomb. & S.	O	10	249.00G
Dt. Rchs. Sch.	a	4	99.25bG	do. 80-02	v	3½	88.40b	do. do. 2	a	4	79.00bG	Mosk. KiewW	a	4½	95.20b	do. Serie 23	d	3½	89.50G	RiebeckMt. 2	b	4½	99.80G	Düss. Höfelb	O	10	156.50G	doLin. u Wchs	1	5	128.50G	Kosth. Cell.	1	11	150.00b	Schönebeck	7	5	110.25G
co. 1.4.15	a	4	99.00bG	Mainzer 00	a	4	96.00G	do. unif. 03	c	4	86.25b	do. 1910	a	4½	95.20G	do. Serie 26	a	3½	89.75G	Remb. Hütt. 3	a	*4½	99.50bG	Frankf Henn.	O	7	112.75G	do Schachtb	1	35	375.10bG	Kronpr. Met.	1	22	328.50G	Schöneb. Fr.	4	0	— —
co. 1.5.16	a	4	99.00G	Mannh01 06	b	4	95.80B	do. do. 05	c	4	76.00G	do.	d	4	35.80G	de. 17 18 24	v	3½	85.50bG	Rybn. Steink.	a	*4½	97.25G	Germn. Drtm.	O	9	139.50B	de. Spiegelgl	1	25	345.50bG	Gb. Krüg. & C.	1	12	161.25bG	C. Schoening	5	8	127.00bG
Dt. Rchs.-Anl	v	4	99.40G	Mind. 95/02	v	3½	87.50G	do. do. 08	a	4	76.00G	do. Rjäsan	b	4	88.40B	Pr. Klnb.-Ob.	a	4	85.00G	Sächs. El. L. 5	4	4½	98.80G	Gevelsberg.	O	3	57.50G	de. Steinzg.	1	16	226.80G	KruschwitzZ.	7	20	297.00bG	Schönw. Prz.	1	4	84.00G
do. do.	v	3½	86.50bG	MülheimRhr.	d	3½	89.50G	do. Zoll-Obl.	a	4	76.00G	Pedel. Eisnb.	d	4	85.80G	de. KmOb 6,7	a	4	96.00G	Sauerbrey 3	a	*4½	97.50G	Glückauf	O	8	124.10G	de. Ton uStz.	1	18	149.60G	Kunz Treibr.	1	7	102.25B	Herm. Schött	1	9	124.00bG
do. do.	v	3	76.30bB	München 94	v	3½	—.—	de. 400Fr.-L	—	frc.	163.80bB	Rjäsan-Kozl	d	4½	94.90bG	de. S.9 uk. 20	a	4	96.75bG	Schalk. Gr99	a	*4	93.10G	Henning. Rfb	O	0	49.00bB	de. Waff. uMn	1	25	550.00bG	Kupfw Dtschl	1	9	135.75b	Schftg. Huck	1	6½	120.50G

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191304302-11/fragment/page=0004

Die Wehrvorlagen in der Budgetkommission.

Berlin, den 29. April 1913.

Der Budgetkommission des Reichstages liegen heute folgende Zentrumsanträge

vor.

A. Auf Einfügung eines § 3a: Die Mannschaften des Beurlaubtenstandes werden, soweit militärische und wirtschaftliche Gründe es gestatten, nur in den Wintermonaten zu Übungen einberufen.

B. den Reichskanzler zu ersuchen, die erforderlichen Anordnungen zu treffen, damit
1) die Soldaten mindestens durchschnittlich jährlich 4 Wochen Urlaub erhalten können,
2) der Urlaub für die berittenen Waffen in erhöhtem Umfange gewährt wird,
3) diese Urlaubszeiten für die aus der Landwirtschaft stammenden Soldaten tunlichst in der Erntezeit erteilt werden.

C. Die Dienstprämien für Unteroffiziere, die aus dem Heere ausscheiden oder in Stellen von Offizieren und Beamten der Militärverwaltung eintreten, betragen: a) nach 9jähriger aktiver Dienstzeit je 1000 Mark, b) nach 12jähriger aktiver Dienstzeit je 1500 Mark. Im Todesfall ist die Dienstprämie den gesetzlichen Erben zu zahlen. Die Dienstprämie darf nötigenfalls über den Etat gewährt werden.

D. Den Reichskanzler zu ersuchen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen:
1) zur Verringerung der Burschen;
2) zur Beseitigung des strengen Arrestes als Disziplinarstrafe.

E. betr. Aufwandsentschädigung für soldatenreiche Familien: Familien, von denen mehr als drei Söhne ihrer aktiven Dienstpflicht im Reichsheer oder in der Marine genügt haben, erhalten während der Dienstzeit eines jeden weiteren Soldaten pro Jahr 240 Mark Aufwandsentschädigung.

betr. freie Urlaubsreisen der Mannschaften in die Heimat werden 1 600 000 Mark eingesetzt. Der Betrag ist so berechnet, daß der Soldat jährlich einmal freie Hin- und Rückfahrt in die Heimat erhalten kann.

F. Der Reichstag wolle beschließen:
1) Der Reichstag spricht bei der Verabschiedung der Militärvorlage die bestimmte Erwartung aus, daß angesichts der hohen Lasten dieses Gesetzes die Heeresverwaltung mit allen Kräften bestrebt ist, größte Sparsamkeit walten zu lassen und alle Maßnahmen zu treffen, um unter Ausschluß des Parademäßigen und des Luxus nur die Kriegstüchtigkeit des Heeres zu erhalten und zu fördern.
2) den Reichskanzler zu ersuchen, daß bei allen Arbeiten und Lieferungen, welche infolge der neuen Militärvorlage notwendig werden, das ortsansässige Gewerbe in erster Linie berücksichtigt wird.
3) den Reichskanzler zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, nach welchen nur solche Arbeitgeber den Zuschlag auf Lieferung von Staatsaufträgen erhalten, welche:
a) den Arbeitern das Koalitionsrecht unangetastet lassen,
b) bei Einsendung von Offerten gleichzeitig ein Verzeichnis der bei ihnen gezahlten Löhne mit einreichen,
c) keine geringeren Löhne bezahlen und keine schlechteren Arbeitsbedingungen stellen, wie in gleichartigen Staatsbetrieben oder gleichen privaten Unternehmungen, welche nicht für Heer und Marine arbeiten.
d) eine Einigungs- und Schiedsinstanz schaffen, welche berechtigt und verpflichtet ist, bei ausbrechenden Differenzen die Vermittlung zu übernehmen.

Fortsetzung der Debatte.

In der heute fortgesetzten allgemeinen Aussprache führte zunächst ein sozialdemokratischer Abgeordneter aus, die in den vorliegenden Resolutionen enthaltenen Wünsche müßten in das Gesetz hineingebracht werden, sonst sei ein Erfolg nicht zu erwarten. Seine Partei vertrete eine wesentlich höhere Wehrhaftigkeit als die Regierung, da sie auch den letzten Mann bewaffnen wolle. Redner griff dann auf die auswärtige Politik zurück, besonders auf das

deutsch-belgische Problem.

In weiten Kreisen Belgiens sehe man mit Sorge einem deutsch-französischen Kriege entgegen, weil man fürchte, Deutschland werde die belgische Neutralität nicht respektieren.

Staatssekretär **v. Jagow**

erwiderte, die Neutralität Belgiens sei durch internationale Abmachungen festgelegt, und Deutschland sei entschlossen, an diesen Abmachungen festzuhalten.

Diese Erklärung genügte einem weiteren sozialdemokratischen Abgeordneten nicht, angesichts der Haltung gewisser alldeutscher Kreise, die in Zeitschriften u. a. erzählten, Deutschland plane einen Bruch jener Abmachungen. Ein anderer sozialdemokratischer Redner besprach das Verhältnis Deutschlands zu den Balkanstaaten, zu Frankreich und England und fragte, ob es denn keine Möglichkeit der Annäherung an Frankreich gebe, die das Volk hüben und drüben begrüßen würde. Man brauche Frankreich nicht nachzulaufen, aber da gewiß 99 Prozent des Volkes ein friedliches Verhältnis wolle, so müsse sich ein Weg finden.

Staatssekretär **v. Jagow**

erklärte, er könne dem, was schon früher gesagt sei, nichts neues hinzufügen. Die Vorredner hätten auch keine neuen Momente angeführt. Er könne nur wiederholen,

Deutschland wolle den Frieden.

Das habe es durch die 43jährige Friedensperiode bewiesen. Deutschland sei auch stets bereit, mit Frankreich friedlich auszukommen. Auch Österreich habe gewiß bewiesen, daß es durchaus friedlich gesinnt sei.

Von sozialdemokratischer Seite wurde der Regierung nahegelegt, Verhandlungen mit Frankreich anzubahnen, damit dem Wettrüsten ein Ende gemacht werde. Ein nationalliberaler Redner vertrat demgegenüber die Ansicht, die freundschaftlichen Besprechungen würden über höfliche Redensarten nicht hinausführen, auch auf der Pfingstkonferenz in Bern werde nicht mehr erreicht werden. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter hielt dagegen auch die Wiederholung des Selbstverständlichen für wertvoll, wenn dieses von der Gegenseite bestritten und Verleumdungen gegen Deutschland ausgesprochen würden. Das sei in Belgien der Fall. Des weiteren wandte sich Redner gegen die „Kriegsrufe", die gestern im preußischen Herrenhause erschollen seien.

Staatssekretär **v. Jagow**

erwiderte, seinen klaren Worten über unser Verhältnis zu Belgien habe er nichts hinzuzufügen. Ein eventueller Konflikt Österreichs mit Montenegro gehe uns zunächst direkt nichts an und habe mit der Wehrvorlage nichts zu tun. Über Skutari habe er keine neuen Nachrichten.

Auf weitere Ausführungen eines sozialdemokratischen Abgeordneten erwiderte der Kriegsminister, Belgien spiele bei der Begründung der Wehrvorlage keine Rolle, vielmehr liege die Begründung in den Verhältnissen im Osten. Die international gewährleistete Neutralität Belgiens werde Deutschland nicht aus dem Auge verlieren.

Nach weiterer Debatte, in welcher der Kriegsminister u. a. bemerkte, er habe keinen Einfluß auf die Offiziere a. D., und man könne im übrigen das Vorgehen des Wehrvereins nicht als Kriegshetze bezeichnen, wenn er auch für eine Heeresverstärkung wirken zu müssen glaube, betonte

Staatssekretär **v. Jagow**

nochmals, seine Erklärung betreffend Belgien sei deutlich genug; auch die Frage eines nationalliberalen Abgeordneten nach Mitteilungen über Skutari, beziehungsweise die gestrige Botschafterkonferenz, erklärte der Staatssekretär, der Bericht des Botschafters in London liege ihm noch nicht vor.

Ein sozialdemokratischer Redner besprach dann das Verhältnis Österreichs zu Bulgarien und griff auf die vertraulichen Mitteilungen zurück mit einer Schärfe, die den Vorsitzenden zum Einschreiten veranlaßte. Auf wiederholte Anfragen von sozialdemokratischer Seite betreffend Angelegenheiten der auswärtigen Politik verhielt sich der Staatssekretär ablehnend.

Hierauf schlug der Vorsitzende vor, nunmehr in die

materielle Beratung

einzutreten, und zwar zunächst die Etatserhöhungen, dann die Truppenformationen, endlich das Gesetz selbst zu beraten. Die Kommandobehörden sollen bei dem Ergänzungsetat besprochen werden. Der Referent gab ein Bild der vorgesehenen Etatserhöhungen und zeigte, wie der Zweck der Vorlage, die erhöhte Kriegsbereitschaft, im einzelnen erreicht werde. Der Korreferent ergänzte diese Darlegungen, die durchweg vertraulicher Natur waren; sodann beantragten beide Referenten Genehmigung.

Kriegsminister **v. Heeringen**

erklärte, das Streben der Heeresverwaltung sei dahin gegangen, die Etatsstärken an unseren Grenzen möglichst den Kriegsstärken zu nähern, aber die Einschränkung sei durch die gesicherte Ausbildung gegeben. Das hierzu erforderliche Personal werde der Notwendigkeit entsprechend erhöht, so daß Zweifel an der völlig ausreichenden und guten Durchbildung der erhöhten Etatsstärke in keiner Weise beständen.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter erblickte in der verschiedenen Bemessung der Etatsstärke der Regimenter eine Lücke im Heerwesen. Der Wehrverein werde das benutzen, um neue Forderungen zu stellen. Die äußerste Wehrhaftigkeit Deutschlands sei auf dem eingeschlagenen Wege nicht zu erreichen. Die Tatsache, daß die Vorlage bereits den Keim weiterer Vermehrungen in sich trage, zeige, daß es mit dem gegenwärtigen System nicht weitergehe. Die tatsächliche Belastung, die der Einzelne trage, werde nicht richtig gewürdigt. Bei dem Mannschaftsbestande werde der Bestand der Marine nicht beachtet, und das würden bald 100 000 Mann sein. Binnen einiger Jahre würden etwa 175 000 Mann mehr ausgehoben. Man möge doch an die wirtschaftlichen Gefahren denken, die aus dem Zuzug kulturell niedrig stehender Arbeitskräfte entstehen müßten. Der Ansicht von dem günstigen Stand der Tauglichkeit steht der Redner skeptisch gegenüber. Er ging auf die Resultate der Aushebung in verschiedenen Landesteilen ein und fragte, wie der Grad der Tauglichkeit z. B. in Sachsen mit seiner minder günstigen Lebenshaltung sei, ob jetzt nicht etwa beabsichtigt sei, bei der Aushebung weniger streng zu prüfen. Wenn die vom Generalleutnant Wandel gestern genannten Zahlen stimmten, dann sei ja sogar ein Überschuß an Tauglichen vorhanden, und die volle Wehrkraft des Einzelnen würde demnach nicht ausgenutzt. Er fürchte, daß zu viel bewiesen werde. Der Wehrverein werde schon die Ausnutzung dieser überschüssigen Kräfte fordern.

Nach der Pause erläuterte zunächst

Generalleutnant **Wandel**, daß bei der Aushebung ein gleichmäßiger Maßstab angelegt werde und von einer beabsichtigten stärkeren Heranziehung der ländlichen Bevölkerung nicht die Rede sein könne. Die Bestimmungen der Wehrordnung sprächen sich darüber ganz genau aus. Die Verteilung des Ersatzes sei keine prozentmäßige, sondern eine gleichmäßige, und ein Herabsetzen der Forderung sei nur 1893 durch ein Nachgeben an der Körpergröße um 1 cm erfolgt. Eine weitere grundsätzliche Änderung habe nicht stattgefunden. Zur Frage der Ersatzreserve und des Landsturms bemerkte Generalleutnant Wandel, daß tatsächlich die Zahl der Landsturmpflichtigen von Jahr zu Jahr beträchtlich gestiegen sei, während die Zahl der in Betracht kommenden Jahrgänge der Ersatzreserve durch Gesetz festgelegt und daher gleichmäßig sei. Nach dem Ergebnis der Musterung sei kein Zweifel, daß die Zahl der Tauglichen völlig ausreiche. Der **Sächsische Bevollmächtigte** erklärte, das Ergebnis des Musterungsgeschäftes seien große Überschüsse, und es sei kein Zweifel, daß auch in Sachsen über das geforderte Maß hinaus Taugliche vorhanden seien. Ein **fortschrittlicher Abgeordneter** äußerte weitere Bedenken bezüglich der genügenden Anmusterung von tauglichen Mannschaften. Bei Anlegung desselben Maßstabes scheine es ihm kaum glaublich, daß die erforderliche Zahl von 63 000 Mannschaften eingestellt werden könne. Die vorgelegten Statistiken seien von zweifelhaftem Werte. Bisher seien zweifellos Willkürlichkeiten und Unstimmigkeiten in den einzelnen Aushebungsbezirken vorgekommen; aus ärztlichen Kreisen habe er gehört, daß auch Leute mit Herzkrankheiten eingestellt würden. Redner kam dann auf die schon erörterte Frage der Möglichkeit der Truppenführung und der Verproviantierung zurück.

Generalleutnant **Wandel** wies nach, daß die deutsche Wehrordnung genau vorschreibe, daß nur die zur Deckung des Rekrutenbedarfs wirklich notwendigen Leute ausgehoben würden, während die übrigen Tauglichen zurückgestellt werden müßten. Diese träten daher nicht weiter in die Erscheinung. Es sei daher aus der Zahl der Ausgehobenen allein kein Rückschluß auf die wirklich Tauglichen zu machen. Die Schwankungen seien z. B. schon damit zu erklären, daß die jährlich sich meldende Zahl der Freiwilligen sehr verschieden sei. Wenn 1909 50 000 Freiwillige, dagegen 1910 55 000 Freiwillige eingestellt wären, so seien naturgemäß 1910 5000 Leute weniger ausgehoben worden. Mit der Zahl der Tauglichen habe dies nichts zu tun.

Generaloberarzt **Schultzen** erläuterte auf Grund einer durchaus ernst zu nehmenden ärztlichen Statistik, es sei kein Anlaß zu der Befürchtung, daß die Tauglichkeit zurückgehe, vielmehr sei ein beträchtliches Steigen bemerkbar. Auch von militärwissenschaftlicher Seite könne dies nur bestätigt werden. Er gab nähere Aufschlüsse über die Ausführung der Untersuchungen bei der Aushebung; es sei natürlich, daß die Prüfung der Überschüssigen nicht so streng gehandhabt werde, wenn die Zahl überreichlich vorhanden sei. Die Steigerung der Herzkrankheiten habe den wissenschaftlichen Senat beschäftigt, und über die Beurteilung solcher Fälle seien besondere Vorschriften erlassen worden. Es gebe sogar Beispiele, daß trotz zivilärztlicher Gesundheitsatteste die Einstellung nicht erfolgt sei. Des weiteren wurde die stärkere Entlassung Eingestellter widerlegt und den Abgeordneten überwiesenes statistisches Material erläutert. Hierbei wurden die besonderen Steigerungen von Entlassungen in einzelnen Jahren, einmal durch eine Grippeepidemie, ferner 1892/93 durch die größeren Anstrengungen der zweijährigen Dienstzeit und in einem dritten Falle durch die Folgen der ostasiatischen Expedition erklärt.

Der württembergische Vertreter der Militärbehörde legte dar, daß, trotzdem in einzelnen Bezirken weniger Mannschaften ausgehoben worden seien, doch im ganzen statt 12 082 nötiger Mannschaften 15 621 Taugliche ausgehoben worden seien, also 3539 über den Bedarf.

Ein sozialdemokratischer Redner glaubte aus den Ausführungen der Vorredner doch gewisse Zweifel und Unsicherheiten herauslesen zu müssen. Die letzte Militärnovelle habe den vorhandenen Bestand an Tauglichen schon bedeutend gemindert. Nehme man aber der Ersatzreserve die Leute für die Linientruppen, dann werde doch die Ersatzreserve weniger wertvoll. Es sei bedenklich, anzunehmen, daß mit der Bevölkerungszahl automatisch die Zahl der Tauglichen zunehme. Die ärztliche Kunst erhalte heute viele Leute mit schwacher Gesundheit, die aber nicht diensttauglich seien.

Generaloberarzt **Schultzen** äußerte seine feste Überzeugung, daß auf Grund des sorgsamen militärärztlichen Materials kein Zweifel an der völlig ausreichenden Zahl der Tauglichen bestehe. Auch die Entlassung infolge Dienstunbrauchbarkeit gebe keinen Anlaß zu Befürchtungen. Statistisch sei nachgewiesen, daß die Zahl der Militärpflichtigen tatsächlich dauernd im Steigen begriffen sei.

Generalleutnant **Wandel** widerlegte die Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten und kam zu dem Schlusse, daß es auch der dringende Wunsch der Heeresverwaltung sei, nur wirklich Taugliche einzustellen.

Auf weitere sozialdemokratische Hinweise, daß eine ganze Reihe mit körperlichen Mängeln eingestellt worden seien, auch Leute mit geringen Verstümmelungen und nicht normaler Sehschärfe, daß übrigens die große Truppenzahl in den russischen Grenzbezirken keine Kriegsdrohung bedeute, weil diese Soldaten mit unseren nicht zu vergleichen seien, erwiderte **Kriegsminister v. Heeringen**, die Sozialdemokratie sei weder mit Gründen, noch mit langen Reden von der Notwendigkeit der Wehrvorlage zu überzeugen. Die neuen Musterungsergebnisse seien einwandfrei; der Arzt und der militärische Vorgesetzte entschieden genau nach den Bestimmungen, die bisher nicht geändert seien. Natürlich kämen Fälle vor, wo sich Mängel erst während der Dienstzeit zeigten, die dann zur Dienstunbrauchbarkeit führten.

Ein Zentrumsredner wies an Hand der vorliegenden Kartenskizzen auf die bemerkenswerte Tatsache hin, daß seit dem Beginn der 80er Jahre die Zahl der Dienstunbrauchbaren mit und ohne Versorgung fast stetig gestiegen sei. Die Dienstunbrauchbaren ohne Versorgung seien Leute, die gar nicht hätten eingestellt werden sollen. Die Zahl der Kranken sei zwar geringer geworden, aber die der Krankenbehandlungstage auffallend gestiegen; in den 80er Jahren hätten sie durchschnittlich 13 Tage, seit den 90er Jahren 14 bis 15 Tage betragen, das hinge wohl auch mit der Einstellung nicht genügend Tüchtiger zusammen. Um dem entgegenzutreten, beantragte Redner: Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag spricht bei Verabschiedung der Militärvorlage die Erwartung aus, daß
1. nur unbedingt Taugliche eingestellt werden,
2. keine Verringerung der Zahl der wegen bürgerlicher Verhältnisse frei werdenden Rekruten eintritt.

Generaloberarzt **Schultzen** gab nochmals Erläuterungen dafür, daß die Spitzen der vorgelegten Kurven über die Entlassung Dienstunbrauchbarer in der sich durch mehrere Jahre bemerkbar machenden Grippe-Epidemie, dann aber auch infolge der Anstrengungen der zweijährigen Dienstzeit ihre Erklärung fänden. Von bestimmten Krankheitsgruppen hätten sich besonders die Herz- und Ohrenleiden und die Geistesleiden vermehrt, aber die **ärztliche Kunst sei auch fortgeschritten** in der Erkenntnis der Krankheiten. Es sei also kein Anlaß, daraus ungünstige Rückschlüsse zu ziehen. Eine Vermehrung der Behandlungstage sei durch die bessere Ausgestaltung der Lazarette mit Gärten, durch Aufenthalt in Genesungsheimen und durch Badekuren begründet.

Nach weiteren längeren Ausführungen zweier sozialdemokratischer Abgeordneter erfolgte die Abstimmung:

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Elsässers wurde die Erhöhung der Etatsstärke bei der Infanterie angenommen, im ganzen 252 Bataillone zu je 721 Mann und 246 Bataillone zu je 641 Mann.

Mit derselben Mehrheit wurde die Kavallerievermehrung angenommen, und zwar 516 Eskadrons

Der künftige Etat bei den fahrenden Batterien der Feldartillerie soll bei 255 Batterien je 143 Mann und 100 Dienstpferde betragen, bei 345 Batterien je 124 Mann und 75 Dienstpferde. — Bei den 33 reitenden Batterien soll der Etat je 137 Mann und 144 Dienstpferde betragen (statt bisher 108 Mann und 118 Pferde).

Mit derselben Mehrheit wurden die angeforderten Verstärkungen für die Fußartillerie, die Pioniere, die Verkehrstruppen, den Train bewilligt.

Gegen 5 Uhr nachmittags beschloß die Kommission, weiter zu tagen.

Dann kam es zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, nach deren Beendigung die Kommission beschloß, die heutige Beratung bis 6 Uhr auszudehnen und morgen um 9 Uhr früh zu beginnen.

Die Kommission nahm darauf nach kurzen Darlegungen der Referenten die beantragte Vermehrung der Zahl der Infanterie-Bataillone von 651 auf 669 an.

Bei der Kavallerie, bei der künftig 550 Eskadrons verlangt werden, beanstandete der Referent die Forderung angesichts mannigfacher technischer Fortschritte. Fraglich sei es, ob nicht Maschinengewehrkompagnien gegen Kavallerie wirksamer operieren würden als Kavallerie.

Der Kriegsminister begründete in streng vertraulichen längeren Ausführungen eingehend die Mehrforderung.

Die Abstimmung hierüber wird morgen stattfinden.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

Sitzung vom 29. April 1913.

Am Regierungstische: Dr. v. Trott zu Solz, v. Dallwitz.

Präsident **v. Wedel** eröffnete die Sitzung nach 1¼ Uhr.

Die Beratung des Staatshaushaltsetats für 1913 wurde fortgesetzt mit dem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191304302-11/fragment/page=0005

Etat des Ministeriums der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten

Kultusminister Dr. v. Trott zu Solz:

Ich muß hier eine Angelegenheit öffentlich aufklären. Die Künstlerschaft hat sich entschlossen, die diesjährige Kunstausstellung zu einer Jubiläumsausstellung zu gestalten. Neben anderen Maßnahmen wandte sich die Kommission auch an einige bekannte Künstler, darunter auch an Anton v. Werner, mit dem Ersuchen, sich durch Ausstellung ihrer Bilder zu beteiligen. Herr v. Werner entsprach diesem Verlangen dadurch, daß er eine Liste einer Reihe seiner Werke vorlegte, und die Auswahl dem freien Ermessen der Kommission anheimstellte. Er fügte jedoch hinzu, daß es rätlich sei, dazu die Zustimmung an maßgebender Stelle einzuholen, damit geprüft werde, ob etwa der Ausstellung der Schlachtenbilder aus dem deutsch-französischen Kriege politische Bedenken entgegenständen. Die Ausstellungskommission legte mir die Pläne zu der von ihr geplanten Ausstellung vor und trug mir auch den Wunsch des Herrn v. Werner vor. Ich muß nun gestehen, daß ich von selbst nicht auf den Gedanken gekommen wäre, daß bei einer solchen Gelegenheit die politische Frage aufgeworfen werden könne. Ich war der Meinung, daß hierbei von politischen Bedenken keine Rede sein könne, und ich habe deshalb auch die

Frage dem Auswärtigen Amt garnicht vorgelegt.

Der Künstler hatte also eine Liste von seinen Werken zur freien Wahl überlassen. Es waren darauf 23 Bilder, und es war auch auf ein Bild hingewiesen worden, das vielleicht in Betracht kommen könnte, sodaß im ganzen 24 in Frage kamen. Zurückgestellt wurden das bekannte und harmlose Bild „Kriegsgefangen" und „Kapitulationsverhandlungen vor Sedan". Dagegen hat man eine Anzahl anderer Bilder ausgewählt, darunter „Der Kronprinz an der Leiche Abel Douay's", auch das Bild, auf dem der Brief Napoleons an König Wilhelm überreicht wird, „Napoleons Zusammentreffen mit Bismarck auf der Chaussee", „Moltke vor Paris", „Krieg und Sieg" und der Fries um das Siegesdenkmal. Das zeigt doch, daß

politische Rücksichten bei der Auswahl nicht maßgebend

gewesen sind. Nun hätten vielleicht andere Bilder ausgeschieden werden können, und das wäre sicher geschehen, wenn es bekannt gewesen wäre, daß der Künstler auf die Ausstellung der zurückgestellten Bilder Wert gelegt hätte. Das ist nicht der Fall gewesen. Herr Anton v. Werner hat die Bilder zur freien Auswahl gestellt. Damit stehen die Behauptungen der Presse im Widerspruch, daß ohne diese beiden Bilder die Ausstellung nicht möglich gewesen wäre. An Stelle des Bildes „Kriegsgefangen" ist eben das 24. Bild getreten. Ich teilte Herrn v. Werner die Entschließung der Ausstellungskommission zugleich mit ihrer Zustimmung zu den übrigen geplanten Maßnahmen mit. Anton v. Werner hatte sich dann an die Kommission gewandt und diese wurde bei mir vorstellig. Das geschah am 2. Dezember v. J. Dieses Datum ist von einer gewissen Bedeutung für die Beurteilung der ganzen Lage. Als ich nun am 10. Januar erfuhr, daß

Herr v. Werner seinen Entschluß geändert habe

und sich nicht mehr beteiligen wolle, bedauerte ich es. Es schien mir erwünscht, daß gerade bei einer solchen Ausstellung die Wernerschen Bilder nicht fehlen würden. Ich sandte deshalb einen Herrn aus meinem Ministerium zu dem Künstler, um mit ihm zu besprechen, ob er sich nicht doch noch beteiligen wolle. Bei der Unterredung zeigte sich der Künstler jedoch gänzlich ablehnend. Er ließ sich nicht bereit finden, doch noch an der Ausstellung teilzunehmen; er sagte, er sei krank, könne sich um die Ausstellung selbst nicht kümmern. Vor allem aber habe er

nicht einen ausreichenden Raum in dem Ausstellungsgebäude,

um insbesondere seine Dioramen in wirkungsvoller Weise auszustellen. Daran vermochte ich nichts zu ändern, und so mußte denn die Sache auf sich beruhen. Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, vollständig klar zu legen, daß die in der Öffentlichkeit gegen die Regierung erhobenen empfindlichen Vorwürfe unbegründet sind. (Beifall).

Graf Rantzau begründete seinen Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, in Erwägung darüber einzutreten, wie die Jugend länger, als es jetzt der Fall ist, einer heilsamen Zucht und Aufsicht unterworfen werden kann, eventuell die Verpflichtung zum Besuch der Volksschule bis zum vollendeten 16. Lebensjahre auszudehnen.

Graf v. der Schulenburg-Grünthal: Mit der Verrohung der Jugend muß Halt gemacht werden, sonst verlumpt und verlottert unsere Jugend immer mehr und dadurch mit der Zeit auch unser Volk.

Kultusminister Dr. v. Trott zu Solz: Die Staatsregierung hat gerade in der neuesten Zeit Maßnahmen getroffen, um sich der Fortentwicklung der Jugend anzunehmen. Die Mittel für die Unterstützung einer wirksamen Jugendpflege sind vermehrt, in diesem Jahre wiederum um eine Million, sodaß wir jetzt auch die Bestrebungen betreffs der weiblichen Jugend wirksam unterstützen können. Daneben gehen die Bestrebungen, das Fortbildungsschulwesen zu fördern. Finanziell erfordern die Schulunterhaltungslasten für Preußen jährlich 421 Millionen Mark; eine Verlängerung der Schulpflicht bis zur Vollendung des 16. Jahres würde ein Viertel dieser Kosten mehr bedeuten.

Generalfeldmarschall Graf Haeseler: Wenn Jungen und Mädchen mit vollendetem 14. Jahre in die Fabrik gehen, werden sie an Leib und Seele verdorben, und das wollen wir nicht. (Zustimmung.) Das vollendete 14. Lebensjahr reicht für die Schule und für das Leben nicht aus. Die Jugendpflege ist sehr ideal gedacht, aber sie beruht auf Freiwilligkeit, und damit kommen wir nicht durch. Die Kosten sind ja hoch, aber die Kosten für Armee, für die Veteranen und für die Jugenderziehung muß man immer aufbringen.

Nach weiterer kurzer Debatte, an der **Graf zu Rantzau, Graf Mirbach, v. Salisch** und **Dr. Stapenhorst-Bielefeld** teilnahmen, wurde der Antrag Graf Rantzau in seinem ersten Teil angenommen, im zweiten Teil abgelehnt.

Bei den

Ausgaben für Universitäten

bemerkte **Generaloberarzt Dr. Neuber:** Die Zahl der Studierenden ist in den letzten zehn Jahren um 33 Prozent gestiegen. Darin kann man nicht ein Bild kulturellen Aufschwungs sehen. Wir haben jetzt schon 2000 studierende Frauen. Ganz besonders schlimm ist es um die Ärzte bestellt, deren freie Betätigung durch die Ausdehnung der Versicherungspflicht immer mehr eingeschränkt wird.

Geheimrat Professor Waldeyer befürwortete eine erhöhte Anstellung von Privatdozenten an den großen Universitäten.

Oberbürgermeister Gerding begrüßte die Bewilligung von 50 000 Mark für eine akademische Turnhalle der Universität Greifswald. Greifswald ist die älteste preußische Universität, und der Staat hat gerade für sie am wenigsten getan. Bei dem überwiegenden Großgrundbesitz im Kreise sollte man die Universitätsgüter für die innere Kolonisation nutzbar machen.

Graf v. Behr-Behrenhoff trat diesem Vorschlag entgegen.

Kultusminister v. Trott zu Solz:

Der gegebenen Anregung betreffend innere Kolonisation stehe ich sympathisch gegenüber. Es sind auch schon Anweisungen erteilt worden, im geeigneten Falle so zu verfahren.

Graf zu Rantzau und Prof. Dr. Meinke traten für Errichtung einer Professur für schleswigsche Landesgeschichte an der Universität Kiel ein.

Kultusminister v. Trott zu Solz: Ich kann mitteilen, daß ich heute den Lehrauftrag für die Schleswig-Holsteinische Geschichte erteilt habe.

Fürst zu Salm-Horstmar dankte für den geplanten

Ausbau der Universität Münster.

Wir Westfalen haben keine landwirtschaftliche, technische oder Handelshochschule, sondern wir haben nur diese einzige Hochschule. Der preußische Staat hat die Pflicht, der Provinz die Vollniversität wiederzugeben. Es besteht ja nun diese Absicht; es handelt sich nur noch um die Frage des „angemessenen" Beitrags. Es muß das preußische Suum cuique auch gegenüber Westfalen Platz greifen.

Kultusminister v. Trott zu Solz: Ich habe allerdings in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärt, daß die Staatsregierung grundsätzlich bereit sei, die Universität Münster völlig auszubauen, in der Voraussetzung, daß mit der Provinz Westfalen und der Stadt Münster über einen angemessenen Beitrag für die entstehenden Kosten eine Einigung erzielt wird. Bisher hat sich die Provinz bezw. der Provinzialausschuß nur bereit erklärt, einen Beitrag von 240 000 Mark zu leisten. Dieses muß als vollkommen ungenügend bezeichnet werden. Wenn es jetzt nicht zu einer Verständigung kommt, so können in der Zukunft Schwierigkeiten entstehen. Ein Vergleich mit anderen Universitäten und Städten kann hier nicht durchschlagend sein. Der Staat wollte garnicht die Universität Münster weiter ausgestalten. Da kamen die Interessenten und erklärten sich bereit, zu den Kosten der Ausgestaltung beizutragen.

Dr. Jungeblodt-Münster: Die Provinzen sind in Preußen noch nie für solche staatlichen Ausgaben in Anspruch genommen worden. Wenn trotzdem die Provinz 500 000 Mark für die medizinische Fakultät gibt, so erscheint das auch als ein angemessener Betrag. Dem Entwicklungsgang unserer Universität entspricht es durchaus nicht, solche hohen finanziellen Forderungen für die Ausgestaltung an Stadt und Provinz zu stellen.

Fürst zu Salm-Horstmar: Wir sind ungeduldig geworden, weil man unseren Universitätstorso solange nicht ausgebaut hat.

Freiherr v. Landsberg bezweifelte, daß die Provinz Westfalen für die Universität Münster viel erheblichere Mittel aufwenden kann.

Kultusminister v. Trott zu Solz: Ich glaube versichern zu können, daß die Staatsregierung keine weiteren Forderungen mehr stellen wird, falls die Provinz sich entschließt, 700 000 Mark zu zahlen.

Dr. Buß hoffte, als Vertreter der Universität Münster, daß dieses Jahr für dieselbe ein Jubeljahr werden wird.

Geheimrat Prof. Hillebrandt wandte sich gegen die große Überfüllung unserer Universitäten, die er für einen der bedenklichsten Übelstände in unserer kulturellen Entwicklung bezeichnete. Das Abiturientenexamen muß verschärft werden.

Bei den Ausgaben für die höheren Lehranstalten kam

Oberbürgermeister Dr. Soetbeer-Glogau auf die Frage des Ausbaues der Realschule zur Oberrealschule in Glogau zurück.

Oberbürgermeister Dr. Hasse-Thorn: bat um Ausbau des Gymnasiums und des Reformrealgymnasiums in Thorn.

Beim

Elementarunterrichtswesen

bemerkte

v. Altzing: Die Ergänzungszuschüsse für die Volksschulen sind vielfach nicht ausreichend.

Kultusminister Dr. v. Trott zu Solz widerlegte kurz den Vorredner.

Nach weiteren Bemerkungen von Oberbürgermeister **Todsen-Flensburg** und Prof. **Waldeyer** kam bei dem Kapitel

„Kunst und Wissenschaft",

Oberbürgermeister Dr. Wilms-Posen auf die Frage zurück, ob die Akademie in Posen zur Universität ausgebaut werden soll.

Kultusminister v. Trott zu Solz erklärte seine Bereitwilligkeit, für die Akademie alles zu tun. Mit dem Gedanken der Umwandlung in eine Universität hat sich die Regierung bisher noch nicht beschäftigt.

Beim Etat des

Ministeriums des Innern

wünschte **Oberbürgermeister Bermuth-Berlin** die Vorlegung eines Irrengesetzes. Solche Irre, deren Internierung im Interesse der öffentlichen Sicherheit geboten sei, müßten in besonderen vom Staate zu errichtenden Anstalten untergebracht werden.

Minister v. Dallwitz: Die Anregung des Vorredners wird sorgfältig geprüft werden. Zur Zeit stellen sich ihrer Ausführung allerdings gewisse finanzielle Bedenken entgegen.

Oberbürgermeister Bermuth bat, die Angelegenheit nicht vom Kostenstandpunkte, sondern vom Standpunkt der öffentlichen Sicherheit zu behandeln.

Graf Mirbach: Die Grundsteuer sollte nicht nach dem gemeinen Wert veranlagt werden.

Minister von Dallwitz: Bei der Revision des Kommunalabgabengesetzes wird die Anregung des Vorredners näher geprüft werden.

Auf eine Anregung erklärte

Minister von Dallwitz: Die Regierung ist bestrebt, die große Ungleichmäßigkeit bei den Kommunalabgaben zu beseitigen.

Oberbürgermeister Wilms warnte davor, bei Kommunalanleihen die Amortisationsquote zu gering zu bemessen.

Nach kurzer weiterer Debatte wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Außerdem kleinere Vorlagen.

Schluß 7¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 29. April 1913.

Am Regierungstische: Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung um 10¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung stand zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die

Umlegung von Grundstücken in der Landgemeinde Griesheim a. M.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Coels van der Brügghen: Griesheim ist nur pro forma eine Landgemeinde und in Wirklichkeit eine Stadtgemeinde mit blühender Industrie. Leider sind die einzelnen Bauparzellen so unregelmäßig, daß sie zur Bebauung ungeeignet sind und eine Umlegung notwendig erscheint.

Nach unwesentlicher Debatte wurde der Gesetzentwurf in erster und sofort in zweiter Lesung angenommen.

Hierauf wurde die dritte Beratung des

Eisenbahnanleihegesetzes

fortgesetzt.

Eine sehr große Anzahl von Rednern brachte darauf Einzelwünsche vor. Die Redezeit wurde dementsprechend auf Vorschlag des Präsidenten **Dr. Grafen v. Schwerin-Löwitz** auf 10 Minuten beschränkt.

Nachdem annähernd 50 Redner ihre vielfachen Wünsche, Beschwerden und Anregungen vorgetragen hatten, wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 10 Uhr vertagt. (Außerdem Petitionen.)

Schluß 5¾ Uhr.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Eine Umgehung des Blankenheimer Tunnels

in dem bekanntlich vor wenigen Tagen ein Gerüsteinsturz eine mehrere Stunden andauernde Verkehrsstörung verursachte, wird neuerdings wieder angeregt, nachdem wiederholte frühere Hinweise in dieser Richtung erfolglos im Sande verlaufen sind. Ganz abgesehen von dem erwähnten Unfalle, der bei einer etwaigen Wiederholung mit vielleicht wesentlich schlimmeren Begleiterscheinungen zu einer gänzlichen Sperrung des Tunnels auf längere Zeit sehr leicht führen kann, scheint der Tunnel sowieso schon reichlich überlastet zu sein, denn er wird innerhalb 24 Stunden von nicht weniger denn 160 Zügen durchfahren. Wenn man in Betracht zieht, daß der Tunnel im Mobilmachungsfalle außerordentlich in Anspruch genommen werden muß, da er die Berlin-Wetzlarer Bahn, die sogenannte „Kanonenbahn" aufnimmt, die die direkteste Verbindung der Reichshauptstadt mit dem deutschen Westen bildet, so muß schon um deswillen eine Umgehung dieses Tunnels gefordert werden, weil er in Kriegszeiten höchstwahrscheinlich für den übrigen Verkehr gänzlich gesperrt werden würde. Da mit dieser Maßregel eine völlige Lahmlegung der Halle-Kasseler Bahn verbunden wäre, so ist es erklärlich, wenn man diese Angelegenheit in ernstester Erwägung zieht und darauf dringt, daß ein neuer Schienenweg den Tunnel umgeht und auch bei dessen Sperrung den Verkehr aufrecht erhält. Die Kreise Querfurt und Merseburg haben naturgemäß ein lebhaftes Interesse an dieser Frage, da sie den neuen Schienenweg aufzunehmen hätten, der allerdings, was schon von vornherein zu fordern ist, für Personen- und Schnellzugsverkehr eingerichtet und zweigleisig ausgebaut werden müßte. Eine jetzt von Merseburger Seite aus angeregte Linienführung Sangerhausen-Querfurt-Merseburg-Leipzig ist zwar nicht von der Hand zu weisen, immerhin wäre der Weg Sangerhausen-Querfurt-Schafstädt-Lauchstädt-Halle doch wohl vorzuziehen, weil er einmal um eine ganze Anzahl Kilometer kürzer ist und dann vor allem die Reisenden den Großstädten Halle und Leipzig, dem natürlichen Reiseziele, auf schnellstem und kürzestem Wege zuführt. Der Stadt Merseburg fehlt zwar die direkte Verbindung mit Leipzig, doch sind ihre Interessen sowie diejenigen des Hinterlandes bis Sangerhausen weniger nach Leipzig als nach der Großstadt Halle, dem Sitze zahlreicher Behörden, gerichtet. Außerdem wäre der Zweck des neuen Schienenweges, die Umgehung des schwer belasteten Blankenheimer Tunnels, durch die Linienführung Sangerhausen-Querfurt-Halle vollauf erfüllt.

*

— **Annaburg**, 29. April. (Verhaftet.) Unter dem Bringenden Verdacht der Brandstiftung wurde gestern der Zimmergeselle Paul Pn. verhaftet und dem Amtsgericht Pretzin zugeführt.

× **Gröbers**, 30. April. (Benzinstation. — Neuchaussierung.) In unserm Ort, Grünstr. 12, ist eine Benzinstation eingerichtet worden. — Die Teilstrecke der Halle-Leipziger Chaussee von der hiesigen Molkerei bis zum Meilensteine am „Krimmling" wird jetzt neu gepflastert.

— **Schraplau**, 29. April. (Schwer verwundet.) In vergangener Nacht wurde der Sohn des Oehsters Louis Neußner meuchlings überfallen und durch zahlreiche Messerstiche so schwer verwundet, daß er nach der Halleschen Klinik überführt werden mußte. Dem Täter ist man auf der Spur.

‡ **Heiligenstadt**, 28. April. (Der Delegiertentag des Verbandes der kathol. Arbeitervereine des Eichsfeldes) wurde gestern unter dem Vorsitz des Bezirkspräses Bischöfl. Kommissarius Osburg, hier, abgehalten. 6 Delegierte und 20 Gäste nahmen daran teil. 42 Verbandsvereine waren vertreten. Die Begrüßungsansprache hielt der Bezirksvorsitzende, der ein Hoch auf Kaiser und Papst ausbrachte. Den Jahresbericht erstattete Arbeitersekretär Hoffmann. Es wurde u. a. die Mitteilung gemacht, daß in diesem Jahre aus Anlaß der Feier für Konstantin den Großen und des hundertjährigen Geburtstages des Bischofs Dr. Konrad Martin eine Männerwallfahrt des gesamten Eichsfeldes nach dem Hülfenberge stattfinden soll. Auch die Jugendpflege und andere für die Arbeiterbewegung sehr wichtige Fragen wurden besprochen. Zum Schluß hielt Verbandssekretär Dr. Fleischer aus Berlin einen Vortrag über die Aufgaben der kathol. Arbeitervereine.

× **Roßleben**, 29. April. (Kochkursus. — Wasserleitung)) Kürzlich wurde von Frau Pastor Ullrich, der Ortsleiterin unseres Vaterländischen Frauenvereins (mit 82 Mitgliedern) in der dazu anberaumten Sitzung über Verlauf und pekuniäres Ergebnis des siebenwöchentlichen Kochkursus berichtet. Darnach betrugen die Einnahmen (Beiträge von 32 Schülerinnen: 566 Mk., Beihilfe von der Gemeinde 100 Mk., dem Vaterländischen Frauenverein Querfurt 75 Mk., Roßleben 100 Mark; Verkauf abgegebener Speisen 130 Mk., Geldgeschenke, Erlös eines Unterhaltungsabends usw.) 1150 Mk. Ausgaben (Wirtschaftsgeld 870 Mk., der Lehrerin 160 Mk., Saalmiete 60 Mk., diverse Kosten: Herd, Ankauf von Töpfen, Küchern usw.) 1023 Mk. Der Ueberschuß: 127 Mk. wurde der Veranstalterin dieses segensreichen, aber mit vielen Mühen, Opfern und Schwierigkeiten verknüpft gewesenen Unternehmens überwiesen zu freier Verwendung für Ortsarme und Kranke. Die 32 Schülerinnen rekrutierten sich aus allen Ständen der Gemeinde. — Sodiel verlautet, wird wohl Anfang Mai mit den Erdarbeiten für unsere Wasserleitung begonnen, und ist zu hoffen, daß mit Herbstbeginn jedes Haus mit Leitungsanschluß versehen sein wird.

× **Roßlau**, 29. April. (Aus dem Gemeinderate.) Der Gemeinderat genehmigte den Etat für das Wasserwerk für 1913/14 mit 52 000 Mk. Der Zuschuß aus der Stadtkasse beträgt 6 683 Mk. Ebenso wurde dem Etat für das Armenwesen, der mit 22 650 Mk. balanziert und einen städtischen Zuschuß von 12 862 Mark erfordert, zugestimmt. Beschlossen wurde, zum Regierungsjubiläum des Kaisers zwei Fonds von je 500 Mk. zur Errichtung eines Brunnens auf dem Schillerplatz und zum Bau eines Volksbrausebades zu stiften. An die Schüler der oberen Klassen der hiesigen Mittel- und Volksschule sollen am Jubiläumstage 500 Festschriften verteilt werden. Gegen die geplante Erhöhung der Brücke im Zuge der Zerbster Straße soll ein energischer Protest an die Landespolizeibehörde gerichtet werden. Die auch dem Eisenbahnverkehr dienende Brücke soll wegen der Elektrisierung der Eisenbahnstrecke um 18 Zentimeter höher gelegt werden, wodurch der an und für sich bereits steile Zuweg von der Stadt noch schwieriger wird. Mitgeteilt wurde, daß der Kunstverein für den Schillerplatz 5 Promenadenbänke gestiftet hat.

+ **Coswig** (Anhalt), 29. April. (Waldbrand.) Vermutlich durch das Fortwerfen eines brennenden Streichholzes entstand in dem fiskalischen Forstrevier Cobbelsdorf ein Waldbrand, durch den 10 Morgen 20jähriger Kiefernbestand vernichtet wurden.

☽ **Eisenach**, 28. April. (Gemeinderatswahl.) Bei der heutigen Gemeinderatsersatzwahl für den verstorbenen Landtagsabgeordneten Freitag und den freiwillig ausgeschiedenen Fabrikdirektor Demmer siegten die beiden bürgerlichen Kandidaten Hofmaurermeister Max Kehl und Lehrer Adam Böhning gegen die Sozialisten Schuhmacher Fellsberg und Verbandsbeamten Hentschel. Die Wahlbeteiligung war schwach. Von 3611 Wahlberechtigten übten 2260, also 62,6 Prozent, ihr Wahlrecht aus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191304302-11/fragment/page=0006